

Rechtspflege

Finanzgerichte



2013

Erscheinungsfolge: jährlich
Erschienen am 11.08.2014
Artikelnummer: 2100250137004

Ihr Kontakt zu uns:
www.destatis.de/kontakt
Telefon: +49 (0) 611 75 4114

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2014

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt

	Seite
Qualitätsbericht zur Finanzgerichtstatistik	3
Vorbemerkung	8
Schaubilder	
- Anzahl der Neuzugänge und der erledigten Klagen vor den Finanzgerichten	9
- Durch Urteil erledigte Klagen vor den Finanzgerichten, die mehr als 12 Monate dauerten, in % aller erledigten Verfahren 2013 nach Ländern	9
- Vor dem Finanzgericht erledigte Klagen nach betroffenen Sachgebietsgruppen	10
- Vor dem Finanzgericht erledigte Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz	
nach betroffenen Sachgebietsgruppen	10
Tabellenteil	
1 Geschäftsentwicklung beim Finanzgericht	
1.1 Geschäftsentwicklung 2000 bis 2013	11
1.2 Geschäftsentwicklung 2013 nach Ländern	13
2 Vor dem Finanzgericht 2013 erledigte Klagen	
2.1 Art der Erledigung, Inhalt der Entscheidung, Zahl der Sachgebiete, Zuständigkeit	15
2.2 Verfahrensdauer	17
2.3 Sachgebiete	19
3 Vor dem Finanzgericht 2013 erledigte Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz	
3.1 Art der Erledigung, Inhalt der Entscheidung, Zahl der Sachgebiete, Zuständigkeit	21
3.2 Verfahrensdauer	23
3.3 Sachgebiete	25
4 Geschäftsentwicklung beim Bundesfinanzhof	
4.1 Geschäftsentwicklung 2002 bis 2013	27
4.2 Geschäftsentwicklung 2013 nach Alter und Art der Verfahren	27
5 Verfahren vor dem Bundesfinanzhof	
5.1 Art der Entscheidung und Erfolg der 2013 erledigten Verfahren	28
5.2 Statthaftigkeit der 2011 bis 2013 erledigten Revisionen	28
5.3 Verfahrensdauer der 2011 bis 2013 erledigten Verfahren	29
5.4 Herkunft der Ende 2013 anhängigen Revisionen und Nichtzulassungsbeschwerden und in der Vorinstanz im Jahresdurchschnitt erledigte Klagen	29
5.5 Sachgebiete der 2011 bis 2013 erledigten Revisionen und Nichtzulassungsbeschwerden	30
Anhang	
Auszug aus dem Wortlaut der in den Tabellen erwähnten Gesetzestexte	31
Katalog der Sachgebietsschlüssel	34

Gebietsstand

Die Angaben für Deutschland beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland
nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990.

Die Angaben für das frühere Bundesgebiet beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland
nach dem Gebietsstand bis zum 3. Oktober 1990.

Die Angaben für die neuen Länder beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern,
Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Die Angaben für Berlin beziehen sich auf Berlin-West und Berlin-Ost.

1 Allgemeine Angaben zur Statistik

1.1 Grundgesamtheit

Finanzgerichte bzw. ihre Senate (institutionelle Ebene); Verfahren an Finanzgerichten (Merkmalsträger).

1.2 Statistische Einheiten (Darstellungs- und Erhebungseinheiten)

Finanzgerichte bzw. ihre Senate (institutionelle Ebene); Verfahren an Finanzgerichten (Merkmalsträger).

1.3 Räumliche Abdeckung

Deutschland nach Ländern und Finanzgerichten.

1.4 Berichtszeitraum/-zeitpunkt

Kalenderjahr

1.5 Periodizität

Die FG-Statistik wurde zum Berichtsjahr 1983 im früheren Bundesgebiet eingeführt, seit 1990 liegen vollständige Ergebnisse aus allen alten Ländern vor. Nachdem ab 1992 die FG-Statistik sukzessive auch in den neuen Ländern eingeführt wurde, liegen seit 1995 vollständige Ergebnisse für Deutschland vor. Mit der Erweiterung der Zuständigkeit der Finanzgerichte auch für Kindergeldsachen ist der in der Statistik abgebildete Geschäftsanfall seit 2005 nicht mehr voll mit den Vorjahren vergleichbar. Die Aufbereitung und Veröffentlichung im Bund erfolgt jährlich. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht die Bundesergebnisse regelmäßig seit 1983.

1.6 Rechtsgrundlagen und andere Vereinbarungen

Für die FG-Statistik gibt es keine Rechtsgrundlage auf EU- und Bundesebene. Die Ein- und Durchführung der FG-Statistik basiert auf bundeseinheitlichen Verwaltungsanordnungen der Länder. Das Statistische Bundesamt stellt auf der Grundlage von § 3 Abs. 3 BStatG vom 22.01.1987 (BGBl. I S. 462) die Länderergebnisse aus der FG-Statistik zu einem Bundesergebnis zusammen.

1.7 Geheimhaltung

1.7.1 Geheimhaltungsvorschriften

Ergebnisse werden in der Regel von den Ländern auf Ebene einzelner Finanzgerichte, vom Statistischen Bundesamt auf Länderebene veröffentlicht.

1.7.2 Geheimhaltungsverfahren

Für Forschungszwecke können bei Zustimmung der jeweiligen Landesjustizverwaltung Wissenschaftlern projektbezogen anonymisierte Einzeldaten zur Verfügung gestellt werden. Die Ergebnisse werden als Verwaltungsdaten betrachtet.

1.8 Qualitätsmanagement

1.8.1 Qualitätssicherung

Die Maßnahmen zur Qualitätssicherung, die an einzelnen Punkten der Statistikerstellung ansetzen, werden bei Bedarf angepasst und um standardisierte Methoden der Qualitätsbewertung und -sicherung ergänzt. Die für diese Statistik gewonnenen Daten werden für die Verwaltungs- und Controllingzwecke erhoben und werden daher von den zuständigen Stellen in der Justiz regelmäßig kritisch geprüft. Zudem sind die Daten dieser Statistik in den Ländern automatischen Prüfroutinen unterworfen; die Angaben zu den erledigten Verfahren vor den Finanzgerichten werden aufwendig intern plausibilisiert und mit externen Daten abgeglichen. Die Möglichkeit der internen Plausibilisierung ist für die Angaben zum Geschäftsanfall an sonstigen Verfahren vor den Finanzgerichten stärker eingeschränkt. Eventuelle Unstimmigkeiten in den Daten werden durch Rückfragen der Statistischen Ämter der Länder bei den Berichtsstellen geklärt.

1.8.2 Qualitätsbewertung

Bei der FG-Statistik handelt es sich um eine Vollerhebung, in der die vollständige Datenerhebung der Berichtsstellen erfolgt. Es müssen daher keine Schätzungen von fehlenden Daten – bzw. Berichtsstellen - vorgenommen werden. Durch die ständige Nutzung der Daten für Controllingzwecke durch die zuständigen Stellen der Justiz unterliegen die Statistikergebnisse der permanenten Kontrolle der Datenproduzenten.

2 Inhalte und Nutzerbedarf

2.1 Inhalte der Statistik

2.1.1 Inhaltliche Schwerpunkte der Statistik

Für Klagen und Verfahren zum vorläufigen Rechtsschutz Art des Verfahrens, Art der Erledigung, Art und Zahl der Sachgebiete, Inhalt der Entscheidung, Verfahrensdauer, Verfahrensbeteiligte, Zuständigkeit für Entscheidung. Für die sonstigen Verfahren: Art des Verfahrens, Geschäftsanfall.

2.1.2 Klassifikationssysteme

Die statistische Erhebung wird von den Justizverwaltungen der Länder für die Berichtsstellen angeordnet. Die Erhebungsgrundlage der Statistik bilden sog. Verfahrenserhebungen bzw. Monatserhebungen, welche die Erhebungsmerkmale beinhalten. Gegenstand der Erhebungsgrundlage ist auch die Sachgebietsgliederung der Finanzgerichtsstatistik.

2.1.3 Statistische Konzepte und Definitionen

Die in der Verfahrenserhebung und Monatserhebung durchgeführte Statistik der Statistischen Ämter der Länder enthält u. a. Merkmale zu Verfahrensdauern-, Verfahrensgegenständen-, Erledigungsarten-, Einleitungsarten-, Entscheidungen-, und Sachgebiete der gerichtlich, erledigten Verfahren.

2.2 Nutzerbedarf

Mit den Ergebnissen der FG-Statistik sollen Geschäftsanfall und -erledigung bei den Finanzgerichten abgebildet werden. Damit liefert die Statistik Informationen einerseits für die Kapazitätsplanung durch die Justizverwaltungen, andererseits für die Bewertung und Weiterentwicklung des steuerrechtlichen Instrumentariums sowie für die Evaluation der Gesetzgebung auf dem Gebiet des Steuer- und Finanzverfahrensrechts. Zu den Hauptnutzern der Statistik zählen die Organe der Justizverwaltungen sowie die Rechtspolitik auf Länder- und Bundesebene. Weitere Hauptnutzer der Daten sind die justizielle Praxis, die wissenschaftliche Forschung und Lehre sowie – in begrenztem Umfang – die Informationsdienstleister und Medien.

2.3 Nutzerkonsultation

Die Einbeziehung der Nutzerinnen und Nutzer erfolgt insbesondere durch den Ausschuss Justizstatistik, der den organisatorischen und inhaltlichen Rahmen für die FG-Statistik vorgibt und die aktuellen Entwicklungen und Bedürfnisse der Justizverwaltung und Rechtspolitik an die amtliche Statistik transportiert. Im Ausschuss Justizstatistik vertreten sind die Justizministerien der Länder sowie (als Gäste) das Bundesministerium der Justiz, das Statistische Bundesamt sowie die in den einzelnen Justizstatistiken für die Programmierung zuständigen Statistischen Ämter der Länder.

3 Methodik

3.1 Konzept der Datengewinnung

Die Datenerhebung zur FG-Statistik erfolgt für administrative Zwecke, und zwar i.d.R. elektronisch aus den Geschäftsstellenautomationsprogrammen der Finanzgerichte, die im Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Justizverwaltung gepflegt werden. Die FG-Statistik ist eine Sekundärerhebung auf der Basis dieser Verwaltungsdaten in den Geschäftsstellen. Bei der FG-Statistik handelt es sich um eine Vollerhebung; aus diesem Grund werden keine Stichprobenverfahren eingesetzt.

3.2 Vorbereitung und Durchführung der Datengewinnung

Der Geschäftsanfall an Verfahren vor den Finanzgerichten insgesamt wird bei den Geschäftsstellen der Gerichte über sogenannte summarisch Monatserhebungen erfasst. Er ergibt sich im Wesentlichen als Differenz aus Anfangs- und Endbestand des jeweiligen Berichtszeitraums für die einzelne Geschäftsart. Für die Klagen und Verfahren zum vorläufigen Rechtsschutz werden darüber hinaus nach Eingang des Verfahrens bei Gericht eigene Papierbelege (sog. Zählkarten) bzw. Datensätze angelegt. Nach der Erledigung des Verfahrens in der Instanz werden die für die Statistik erforderlichen weiteren Angaben aus der Vorgangsverwaltung in der Regel automatisiert herausgelesen. Nach Ende des Berichtszeitraums werden die summarischen Monatserhebungen zum Geschäftsanfall sowie die verfahrensbezogenen Angaben zu den erledigten Verfahren in der Regel in elektronischer Form an das zuständige Statistische Landesamt übermittelt. In der Regel erfolgt die Datenlieferung auf elektronischem Wege, Papierbelege (sog. Zählkarten) werden nur noch selten übermittelt. Eine Beschreibung des jeweils aktuellen Lieferdatensatzes kann aus der nach EVAS-Nummern gegliederten Erhebungsdatenbank der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder unter <https://erhebungsdatenbank.estatistik.de/eid//erhebungsIDForEVAS.jsp> heruntergeladen werden.

3.3 Datenaufbereitung (einschl. Hochrechnung)

Grundlage für die Erstellung von statistischen Übersichten sind die von den Statistischen Ämtern der Länder plausibilisierten Einzeldaten der Gerichte, welche mit IT-Werkzeugen und -Programmen einheitlich aufbereitet werden. Nach Vorgaben der Justizministerien der Länder werden für die Statistikergebnisse Tabellen konzipiert, die mit denen im statistischen Verbund standardisierten IT-Werkzeugen von den Statistischen Ämtern der Länder erstellt werden. Die statistischen Ergebnisse der Länder werden als Text-Tabellen oder auswertbare Excel-Daten ausgegeben und den Justizverwaltungen sowie dem Statistischen Bundesamt übersandt. Zusätzlich werden plausibilisierte anonymisierte Einzeldaten dem Statistischen Bundesamt übermittelt, welche als Grundlage für Sonder-Auswertungszwecke dienen. Da die Statistik eine Vollerhebung ist, erfolgen keine Hochrechnungen.

3.4 Preis- und Saisonbereinigung; andere Analyseverfahren

Entfällt.

3.5 Beantwortungsaufwand

Auskunftspflichtig sind die Geschäftsstellen der Finanzgerichte, aus deren Verwaltungsunterlagen die für die FG-Statistik relevanten Daten bereitgestellt werden. Deren Belastung durch die Datenübersendung an die Statistischen Ämter der Länder geht mit dem steigenden Automatisierungsgrad der Geschäftsstellen zurück.

4 Genauigkeit und Zuverlässigkeit

4.1 Qualitative Gesamtbewertung der Genauigkeit

Grundsätzlich sind die Ergebnisse der FG-Statistik über den Geschäftsanfall bei den Finanzgerichten von guter, die zu den erledigten Verfahren von sehr guter Qualität. Zunächst werden die Informationen für die Statistik aus Daten gewonnen, die für Verwaltungs- und Controllingzwecke erhoben wurden und daher von den zuständigen Stellen in der Justiz regelmäßig kritisch geprüft werden. Zudem sind die Statistikdaten in den Ländern automatischen Prüfroutinen unterworfen; die Angaben zu der erledigten Verfahren vor den Finanzgerichten werden aufwendig intern plausibilisiert und mit externen Daten abgeglichen. Die Möglichkeiten der internen Plausibilisierung sind für die Angaben zum Geschäftsanfall an sonstigen Verfahren bei den Finanzgerichten stärker eingeschränkt. Eventuelle Unstimmigkeiten in den Daten werden durch Rückfragen der Statistischen Ämter der Länder bei den Berichtsstellen geklärt. Trotzdem können einzelne fehlende oder falsche Angaben in den Statistikdaten nicht ausgeschlossen werden (siehe auch Punkt 4.3.3).

4.2 Stichprobenbedingte Fehler

Bei der FG-Statistik handelt es sich um eine Vollerhebung. Aus diesem Grund werden keine Stichprobenverfahren eingesetzt und somit können keine stichprobenbedingten Fehler auftreten.

4.3 Nicht-Stichprobenbedingte Fehler

4.3.1 Fehler durch die Erfassungsgrundlage

Keine.

4.3.2 Antwortausfälle auf Ebene der Einheiten (Unit-Non-Response)

Keine.

4.3.3 Antwortausfälle auf Ebene wichtiger Merkmale (Item-Non-Response)

Bei Änderungen im Erhebungskatalog kann grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden, dass neue bzw. geänderte Merkmale in einer Übergangszeit nicht ganz vollständig und adäquat erfasst und ausgewiesen werden. Fehler könnten sich ebenso bei der Erhebung des Daten selbst wie beim Datenexport aus den justizeigenen Finanzprogrammen an die Statistischen Ämter der Länder ereignen. Bekannt gewordene Fehler oder Ausfälle bei der Erfassung werden aber in den jeweiligen Veröffentlichungen über Vorbemerkungen oder Hinweise in den Tabellen benannt.

4.4 Revisionen

4.4.1 Revisionsgrundsätze

In der FG-Statistik gibt es keine laufenden Revisionen, weil in der Statistik die Verfahrenserledigung eines abgeschlossenen Berichtszeitraums dargestellt wird. Sollte sich nachträglich der Verfahrensbestand einer Erhebungseinheit als nicht ganz zutreffend herausstellen, wird die Bestandskorrektur im laufenden Berichtszeitraum durchgeführt und entsprechend ausgewiesen. Bei nachträglich festgestellten gravierenden Fehlern der in der Statistik abgebildeten Sachverhalte erfolgt eine Neuaufbereitung der Statistik. Waren die nachträglich als falsch erkannten Bundesergebnisse bereits veröffentlicht, publiziert das Statistische Bundesamt eine Ergebniskorrektur.

4.4.2 Revisionsverfahren

Siehe Punkt 4.4.1

4.4.3 Revisionsanalysen

Siehe Punkt 4.4.1

5 Aktualität und Pünktlichkeit

5.1 Aktualität

Zur FG-Statistik werden keine vorläufigen Ergebnisse aufbereitet und veröffentlicht. Nach Abschluss des Berichtsjahres in den Geschäftsstellen der Gerichte werden bis Mitte Januar des folgenden Kalenderjahres die Statistikdaten an das zuständige Statistische Landesamt übermittelt, wo sie sorgfältig auf Plausibilität überprüft, aufbereitet und tabelliert werden. Die aufbereiteten Länderergebnisse werden dem Statistischen Bundesamt übersandt. Sobald sie vollständig vorliegen, wird das Bundesergebnis zusammengestellt. Die Ergebnisse der Länder zur FG-Statistik stehen – soweit diese vom zuständigen Statistischen Landesamt veröffentlicht werden – ab dem 2. Quartal des Folgejahres zur Verfügung. Die Veröffentlichung des Bundesergebnisses zu den erledigten Finanzverfahren erfolgt in der Regel bis 10 Monate nach Ende des Berichtsjahres in der Fachserie 10, Reihe 2.5 des Statistischen Bundesamtes.

5.2 Pünktlichkeit

Die Aufbereitung und Veröffentlichung der Ergebnisse erfolgt in der Regel nach dem festgelegten Arbeits- und Zeitplan. In der Vergangenheit wurde die FG-Statistik in einigen Ländern bei Kapazitätsengpässen nachrangig aufbereitet; die Veröffentlichung der vollständigen Bundesergebnisse bei dieser koordinierten Länderstatistik erfolgte dadurch verzögert.

6 Vergleichbarkeit

6.1 Räumliche Vergleichbarkeit

Die Erhebungsmerkmale und -richtlinien sowie die Aufbereitungsverfahren sind in allen Bundesländern einheitlich. Die Daten sind somit räumlich vergleichbar.

Bei der Interpretation der Daten aus der FG-Statistik sowie bei einem Vergleich mit anderen Datenquellen ist immer zu bedenken, dass die der Statistik zugrunde liegenden Daten vorwiegend für Finanzzwecke erhoben wurden. Die Daten werden in erster Linie gesammelt, um den Geschäftsanfall bzw. den Kapazitätsbedarf des einzelnen Gerichts instanzbezogen messen und bewerten zu können. So werden etwa in der FG-Statistik neben den gerichtlichen Entscheidungen auch eher verfahrenstechnische Erledigungen wie die Verbindung mit einem anderen Verfahren oder die Abgabe an ein anderes Gericht gezählt werden. Ein durch Abgabe an ein anderes Gericht erledigtes Verfahren wird dort nach Verfahrenseingang ebenfalls zum Geschäftsanfall gezählt; es taucht in der Gesamtstatistik doppelt auf, sofern das für zuständig erklärte Gericht das Verfahren noch im selben Berichtszeitraum abschließt wie das abgebende Gericht. Der Umfang dieser „Mehrfachzählungen“ lässt sich aber exakt bestimmen, weil in der FG-Statistik alle Erledigungsarten differenziert ausgewiesen werden.

6.2 Zeitliche Vergleichbarkeit

Das Erhebungsprogramm der FG-Statistik ist seit der Einführung im früheren Bundesgebiet zum Berichtsjahr 1983 in seinen Grundzügen unverändert; die Eckzahlen sind über die Zeit für die Länder, in denen die Statistik ununterbrochen durchgeführt wurde, grundsätzlich vergleichbar. Lediglich auf unterer regionaler Ebene kann die zeitliche Vergleichbarkeit infolge kommunaler Änderungen des Gebietsstands bzw. der Gerichtsbezirke beeinträchtigt sein. Zwar liegen bereits seit der Einführung der flächendeckenden Erhebung zum Berichtsjahr 1995 Ergebnisse für Deutschland vor. Zum 1. Januar 1996 wurde aber die Zuständigkeit der Finanzgerichte auch auf die Kindergeldsachen ausgedehnt, für die bis dahin die Sozialgerichte zuständig waren. Wegen der erweiterten Zuständigkeit seit 1996 sind die Gesamtzahlen mit dem Bundesergebnis 1995 sowie mit den Länderergebnissen der Vorjahre nur eingeschränkt vergleichbar. Zum Berichtsjahr 2007 wurde in der FG-Statistik ein neuer, differenzierterer Sachgebietskatalog eingeführt. Die Abgrenzung dieser neuen Sachgebiete ist nicht ganz deckungsgleich mit der für die Vorjahre. Auf der Sachgebietsebene sind die Ergebnisse seit 2007 mit denen der Vorjahre daher nur eingeschränkt vergleichbar. Seit dem 1. Januar 2007 haben die Länder Berlin und Brandenburg ein gemeinsames Finanzgericht mit Sitz in Brandenburg. Die Verfahrenserledigung wird für beide Länder trotzdem weiterhin getrennt nachgewiesen.

7 Kohärenz

7.1 Statistikübergreifende Kohärenz

Entfällt

7.2 Statistikinterne Kohärenz

Entfällt

7.3 Input für andere Statistiken

Entfällt

8 Verbreitung und Kommunikation

8.1 Verbreitungswege

Regionale Ergebnisse werden von den Statistischen Ämtern der Länder veröffentlicht; Eckzahlen finden sich in der Regel in deren Internetangebot. In einigen Ländern erscheinen die Ergebnisse in Form von regelmäßigen Berichten unter der Kennziffer B VI 2. Die ausführlichen Bundesergebnisse erscheinen jährlich als elektronische Fachserie 10 Reihe 2.5 „Finanzgerichte“; in ihr sind auch ausgewählte Ergebnisse der entsprechenden Jahresstatistik des Bundesfinanzhofs nachgewiesen. Die Reihe 2.5 der Fachserie 10 kann aus dem kostenlosen Downloadangebot des Statistischen Bundesamts unter

http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/Rechtspflege,templateId=renderPrint.psml__nnn=true heruntergeladen werden.

Die Geschäftsentwicklung bei den Finanzgerichten im Zeitverlauf illustriert (für Deutschland insgesamt) die Online-Veröffentlichung „Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften seit 1995“ (http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/Rechtspflege,templateId=renderPrint.psml__nnn=true). Eckzahlen der FG-Statistik werden außerdem in Querschnittsveröffentlichungen des Statistischen Bundesamts (Statistisches Jahrbuch, Fachserie 10 Reihe 1 „Ausgewählte Zahlen für die Rechtspflege“ sowie in der kommentierten Broschüre „Justiz auf einen Blick“) veröffentlicht.

8.2 Methodenpapiere/Dokumentation der Methodik

„Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in der Finanzgerichtsbarkeit (FinG-Statistik).“

8.3 Richtlinien der Verbreitung

Die Veröffentlichung kann nach Erscheinen durch einen Internetzugang permanent online abgerufen werden. Der Nutzerkreis erstreckt sich auf die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Ministerien des Bundes und der Länder, Justizverwaltungen, die Wissenschaft sowie die Öffentlichkeit und ausgewählte Nutzerinnen und Nutzer. Letztere können auf Wunsch registriert und über das Erscheinen per Email informiert werden.

9 Sonstige fachstatistische Hinweise

Keine.

Vorbemerkung

In der hiermit für das Berichtsjahr 2013 vorgelegten Reihe 2.5 „Finanzgerichte 2013“ innerhalb der Fachserie 10 „Rechtspflege“ des Statistischen Bundesamtes werden die jüngsten Daten der seit 1983 durchgeführten Verfahrenserhebung über die Tätigkeit der Finanzgerichte veröffentlicht. Der Ergebnismnachweis erscheint ausschließlich in elektronischer Form. Er kann – in Form einer PDF-Datei oder einer XLS-Datei – kostenlos aus dem aktuellen Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter

<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Rechtspflege/GerichtePersonal/Finanzgerichte.html>

herunter geladen werden. Ältere Publikationen können dort ebenfalls heruntergeladen werden oder sind unter Angabe der Fachseriennummer und des Berichtsjahres unter publikationen@destatis.de erhältlich.

Wie in allen Fachserienheften des Statistischen Bundesamtes findet sich auf den ersten Seiten der Veröffentlichung ein „Qualitätsbericht“ zur dargestellten Statistik, der die Erhebung charakterisiert und ihre Qualität beschreibt.

Dem Tabellenteil der Fachserie vorangestellt sind zwei Schaubildseiten, auf denen die Entwicklung des Geschäftsanfalls bei den Finanzgerichten in den letzten Jahren, die erledigten Klagen im Zeitverlauf nach Sachgebieten sowie die Verfahrensdauer der durch Urteil erledigten Klagen 2013 nach Ländern grafisch veranschaulicht wird.

Es folgt mit Tabelle 1.1 eine Darstellung der Geschäftsentwicklung bei den Finanzgerichten der Länder im Zeitverlauf. Tabelle 1.2 bildet den Geschäftsanfall im Berichtsjahr 2013 bei den einzelnen Gerichten ab. Die vor den Finanzgerichten der Länder erledigten Klagen werden in Tabellengruppe 2, die erledigten Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz in Tabellengruppe 3 statistisch ausgewertet.

In den Tabellengruppen 4 und 5 wird die Geschäftsentwicklung beim Bundesfinanzhof zusammen mit einigen ergänzenden Informationen dargestellt. Die Aufschlüsselung nach Sachgebieten in Tabelle 5.5 ist allerdings nur eingeschränkt vergleichbar mit den entsprechenden Übersichten für die Finanzgerichte in den Tabellen 2.3 und 3.3.

Der im Berichtsjahr 2013 bei den Finanzgerichten der Länder zur Kategorisierung der Klagen und Rechtsschutzverfahren verwendete Statistikcatalog der Sachgebietsschlüssel findet sich im Anhang dieser Veröffentlichung.

Zum 1.1.2007 fusionierten die Finanzgerichte aus Berlin und Brandenburg zu einem gemeinsamen Gericht in Cottbus. Da das Herkunftsland der dort verhandelten Verfahren differenziert erfasst wird, erfolgt – soweit möglich – in dieser Veröffentlichung weiterhin ein getrennter Nachweis der Verfahren aus den beiden Ländern.

In der Reihe 2.5 werden seit der Ausgabe 2012 die Ergebnisse für Deutschland nicht mehr in „Früheres Bundesgebiet“ (einschl. Berlin) und „Neue Länder“ unterteilt.

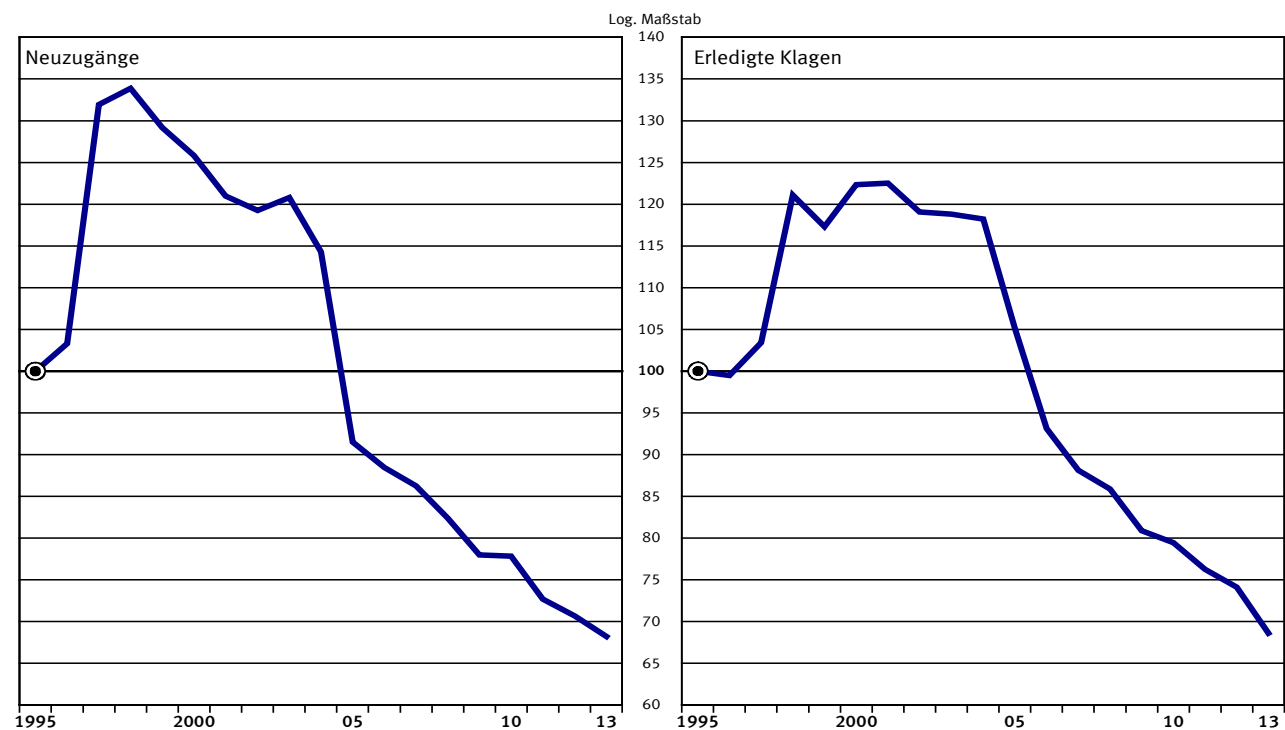
Grundsätzlich stimmen die in den Tabellen abgedruckten Zahlen mit den von einigen Statistischen Landesämtern in den „Statistischen Berichten“ unter der Kennziffer B VI 2 veröffentlichten Ergebnissen überein. Kleinere Abweichungen könnten dadurch entstanden sein, dass das Statistische Bundesamt – anders als die Länder – Bestandsbereinigungen seitens der Finanzgerichte der Länder sowie unerledigte und beantwortete Rückfragen nicht nachweist. Stattdessen wird die Zahl der anhängigen Verfahren zu Beginn des Berichtsjahres stets der Zahl der anhängigen Verfahren am Ende des Vorjahres gleichgesetzt, und eventuelle Bestandsbereinigungen u.ä. werden bei den Neuzugängen zugezählt bzw. abgezogen.

Auf- und Ausgliederung

Die vollständige Aufgliederung einer Summe ist durch das Wort **davon** kenntlich gemacht. Auf das Wort **davon** ist verzichtet worden, wenn aus Aufbau und Wortlaut von Tabellenkopf und Vorspalte unmissverständlich hervorgeht, dass es sich um eine Aufgliederung handelt. Die teilweise Ausgliederung einer Summe ist durch das Wort **darunter** gekennzeichnet. Bei teilweiser Ausgliederung nach verschiedenen nicht summierbaren Merkmalen sind die Worte **und zwar** gebraucht worden.

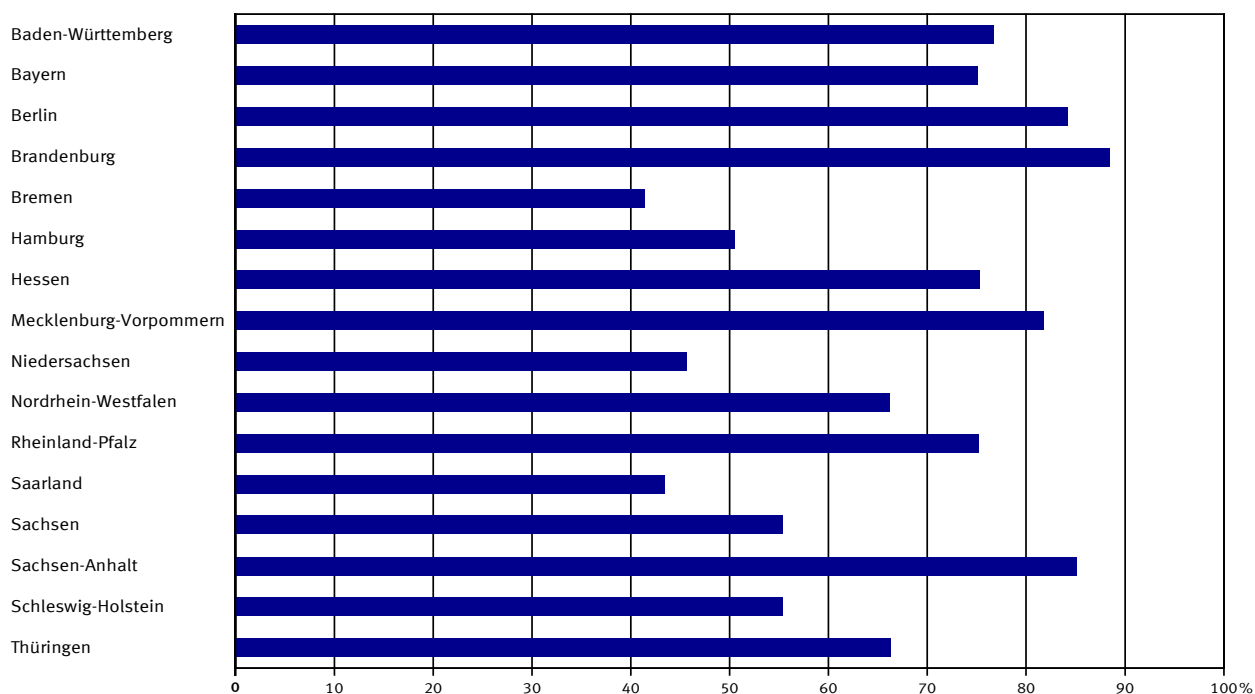
	Abkürzungen		Zeichenerklärung
AO	= Abgabenordnung	x	= Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
BFH	= Bundesfinanzhof	.	= Zahlenwert unbekannt
BFH-EntlG	= Gesetz zur Entlastung des Bundesfinanzhofs	-	= nichts vorhanden
EStG	= Einkommensteuergesetz		
FGO	= Finanzgerichtsordnung		
KStG	= Körperschaftsteuergesetz		
Abs.	= Absatz		

Deutschland
Anzahl der Neuzugänge und der erledigten Klagen vor den Finanzgerichten
1995 = 100



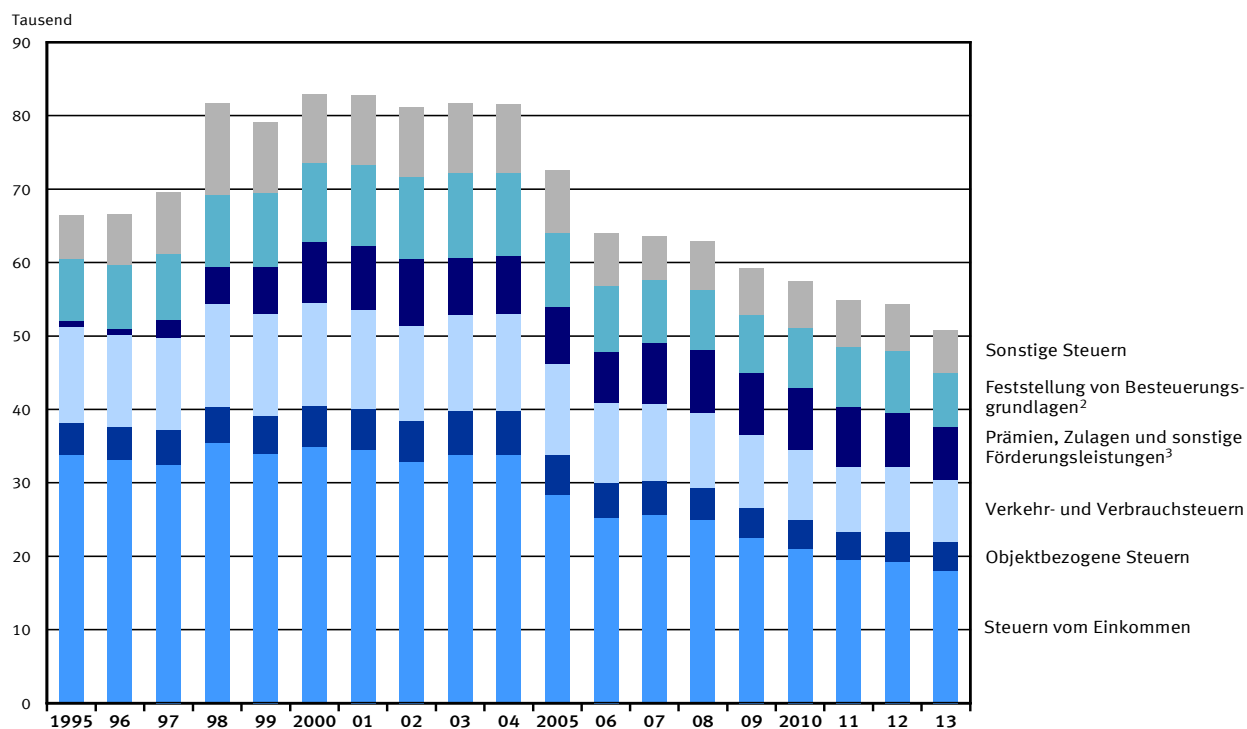
2014 - 06 - 0564

Deutschland
Durch Urteil erledigte Klagen vor den Finanzgerichten, die länger als 12 Monate dauerten, in % aller erledigten Verfahren 2013 nach Ländern

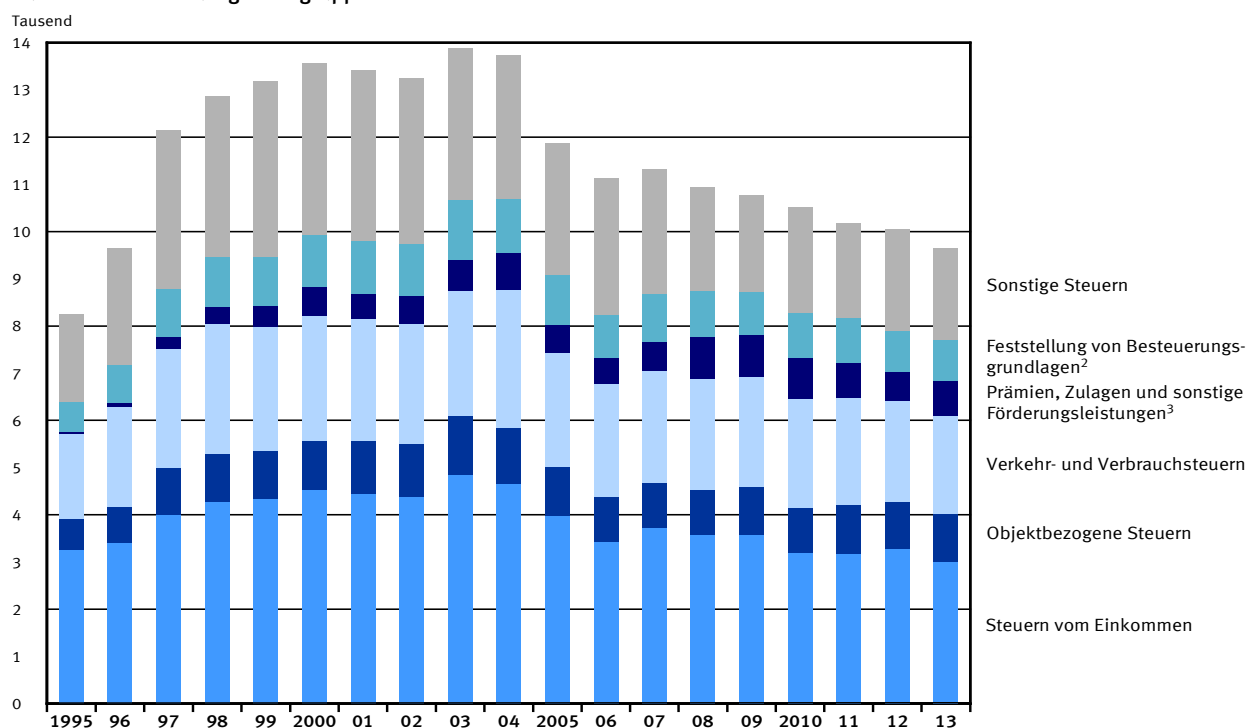


2014 - 06 - 0565

Deutschland
Vor dem Finanzgericht erledigte Klagen nach betroffenen Sachgebietsgruppen¹



Deutschland
Vor dem Finanzgericht erledigte Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz nach betroffenen Sachgebietsgruppen¹



¹ Verfahren können mehrere Sachgebiete betreffen. – ² Ab 2007 einschl. Familienleistungsausgleich. – ³ Ab 2007 einschl. Bewertung und Zerlegung, ab 2010 einschl. Vollschätzfälle.

2014 - 06 - 0566

1 Geschäftsentwicklung beim Finanzgericht

1.1 Geschäftsentwicklung 2000 bis 2013

Lfd. Nr.	Stand der Erledigung	Deutschland				
		2000	2001	2002	2003	2004

Klagen

1	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	96 767	95 753	91 959	89 205	87 458
2	Neuzugänge 1)	69 160	66 498	65 549	66 399	62 811
3	Abgaben innerhalb des Gerichts	8 422	6 197	3 711	3 231	4 566
4	Erledigte Verfahren 1)	70 174	70 292	68 303	68 146	67 823
5	dar. durch Trennung angefallene Verfahren in % von Zeile 4	5,3	5,3	5,4	5,7	5,7
6	Anhängige Verfahren am Jahresende	95 753	91 959	89 205	87 458	82 446

Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz

7	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	4 600	4 404	4 209	3 861	3 662
8	Neuzugänge 1)	10 549	10 621	10 310	10 754	10 379
9	Abgaben innerhalb des Gerichts	603	510	355	281	403
10	Erledigte Verfahren 1)	10 745	10 816	10 658	10 953	10 860
11	Anträge nach § 69 Abs. 3 FGO % von Zeile 10	92,0	92,1	91,7	91,8	91,9
12	nach § 114 FGO % von Zeile 10	8,0	7,9	8,3	8,2	8,1
13	dar. durch Trennung angefallene Verfahren in % von Zeile 10	3,6	3,8	3,3	3,3	3,6
14	Anhängige Verfahren am Jahresende	4 404	4 209	3 861	3 662	3 181

Sonstige Verfahren

15	Eingegangene Kostensachen	916	942	897	913	843
16	Eingegangene sonstige selbständige Verfahren	574	677	672	761	992

1) Ohne Abgaben innerhalb des Gerichts.

1 Geschäftsentwicklung beim Finanzgericht

1.1 Geschäftsentwicklung 2000 bis 2013

Deutschland									Lfd. Nr.
2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	

Klagen

82 446	72 447	67 643	64 480	60 512	56 962	54 172	50 375	46 706	1
50 286	48 606	47 397	45 294	42 852	42 776	39 949	38 840	37 488	2
3 157	5 826	8 581	10 312	10 016	8 482	9 009	8 889	8 835	3
60 285	53 410	50 560	49 262	46 402	45 566	43 746	42 509	39 364	4
5,5	5,7	5,4	6,2	5,6	5,8	5,5	6,5	6,6	5
72 447	67 643	64 480	60 512	56 962	54 172	50 375	46 706	44 830	6

Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz

3 181	2 733	2 791	2 754	2 588	2 588	2 398	2 165	2 126	7
8 842	8 913	8 667	8 038	7 991	7 643	7 341	7 298	6 889	8
250	394	982	827	1 039	923	922	1 013	903	9
9 290	8 855	8 704	8 204	7 991	7 833	7 574	7 337	7 047	10
90,1	89,2	93,6	93,9	93,8	93,8	94,7	93,4	93,5	11
9,9	10,8	6,4	6,1	6,2	6,2	5,3	6,6	6,5	12
3,5	3,7	3,0	3,0	3,3	3,0	3,0	3,7	3,8	13
2 733	2 791	2 754	2 588	2 588	2 398	2 165	2 126	1 968	14

Sonstige Verfahren

1 356	1 381	1 598	1 400	1 439	1 380	1 259	873	945	15
1 211	1 491	462	265	201	209	234	211	213	16

1 Geschäftsentwicklung beim Finanzgericht
1.2 Geschäftsentwicklung 2013 nach Ländern

Lfd. Nr.	Stand der Erledigung Alter der Verfahren	Deutschland	Baden- Württem- berg	Bayern			Berlin	Branden- burg
				zu- sam- men	München	Nürnberg		
Klagen								
1	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	46 706	4 667	5 447	3 795	1 652	4 203	1 537
2	Neuzugänge 1)	37 488	3 665	4 641	3 152	1 489	2 788	956
	darunter							
3	Rügeverfahren	99	8	8	6	2	13	2
4	abgetrennte Verfahren	2 599	269	525	326	199	184	52
5	davon durch kopierende Abtrennung	1 761	179	428	286	142	99	26
6	davon durch ausschneidende Abtrennung	838	90	97	40	57	85	26
7	Abgaben innerhalb des Gerichts	8 835	308	484	303	181	1 207	382
8	Erledigte Verfahren 1)	39 364	3 851	4 648	3 046	1 602	2 975	1 037
9	dar. durch Trennung angefallen (% von Zeile 8)	6,6	7,1	10,8	9,9	12,5	6,0	4,6
10	davon durch kopierende Abtrennung (% von Zeile 8)	4,6	5,5	8,8	8,5	9,2	3,5	2,5
11	davon durch ausschneidende Abtrennung (% von Z. 8)	1,9	1,5	2,0	1,4	3,2	2,5	2,1
12	dar. Bescheid nach Betriebsprüfung oder Steuerfahndungsprüfung (% von Zeile 8)	19,0	19,0	9,3	2,6	22,0	19,9	18,5
13	Anhängige Verfahren am Jahresende	44 830	4 481	5 440	3 901	1 539	4 016	1 456
Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz								
14	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	2 126	210	245	166	79	245	97
15	Neuzugänge 1)	6 889	540	790	577	213	551	271
	darunter							
16	Rügeverfahren	62	1	7	7	–	8	5
17	abgetrennte Verfahren	257	36	60	42	18	15	10
18	davon durch kopierende Abtrennung	151	16	47	38	9	7	4
19	davon durch ausschneidende Abtrennung	106	20	13	4	9	8	6
20	Abgaben innerhalb des Gerichts	903	29	66	56	10	101	36
21	Erledigte Verfahren 1)	7 047	550	821	614	207	596	296
22	Anträge nach § 69 Abs.3 FGO (% von Zeile 21)	93,5	100,0	98,3	98,2	98,6	94,3	97,0
23	nach § 114 FGO (% von Zeile 21)	6,5	–	1,7	1,8	1,4	5,7	3,0
24	dar. durch Trennung angefallen (% von Zeile 21)	3,8	5,5	7,9	7,0	10,6	2,7	4,1
25	davon durch kopierende Abtrennung (% v. Zeile 21)	2,3	2,5	6,1	6,2	5,8	1,2	1,7
26	davon durch ausschneidende Abtrennung (% v. Zeile 21)	1,5	2,9	1,8	0,8	4,8	1,5	2,4
27	dar. Bescheid nach Betriebsprüfung oder Steuerfahndungsprüfung (% von Zeile 21)	28,6	24,7	13,2	5,0	37,2	34,9	31,4
28	Anhängige Verfahren am Jahresende	1 968	200	214	129	85	200	72
Alter der Verfahren 2)								
29	Anhängige Klagen und Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz am Jahresende zusammen	46 798	4 681	5 654	4 030	1 624	5 744	
	Sie waren anhängig seit							
30	2008	475	13	2	1	1	69	
31	2009	748	36	14	11	3	127	
32	2010	1 944	126	92	66	26	443	
33	2011	5 633	490	664	545	119	925	
34	2012	11 877	1 281	1 591	1 118	473	1 522	
35	2013	26 121	2 735	3 291	2 289	1 002	2 658	
Prozesskostenhilfe								
36	Erledigte Klagen und Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz am zusammen	46 411	4 401	5 469	3 660	1 809	3 571	1 333
37	Darin wurde Prozesskostenhilfe bewilligt	1 098	51	34	10	24	59	10
38	darunter mit Ratenzahlung	58	4	5	2	3	4	3
39	abgelehnt	1 711	77	188	102	86	150	49
Sonstiger Geschäftsanfall								
40	Eingegangene Kostensachen	945	52	130	99	31	–	112
41	Eingegangene sonstige selbständige Verfahren	213	3	13	12	1	–	36

1) Ohne Abgaben innerhalb des Gerichts.

2) Quelle: Arbeitsgemeinschaft der Präsidenten der Finanzgerichte der Bundesrepublik Deutschland. Für das gemeinsame Finanzgericht Berlin-Brandenburg liegen in Bezug auf das Verfahrensalter keine Angaben zum Herkunftsland vor.

1 Geschäftsentwicklung beim Finanzgericht
1.2 Geschäftsentwicklung 2013 nach Ländern

Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklen- burg- Vor- pommern	Nieder- sachsen	Nordrhein-Westfalen				Rhein- land- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schles- wig- Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
					zu- sam- men	Düssel- dorf	Köln	Münster							
Klagen															
265	978	3 373	675	3 395	13 952	3 924	5 093	4 935	1 740	363	1 927	1 979	905	1 300	1
279	1 272	2 176	486	4 381	10 885	3 707	3 492	3 686	1 361	373	1 490	1 046	771	918	2
1	12	7	–	9	27	7	5	15	–	–	1	2	4	5	3
14	91	165	12	328	737	232	210	295	57	20	24	87	13	21	4
12	56	140	9	156	489	157	141	191	49	19	15	58	11	15	5
2	35	25	3	172	248	75	69	104	8	1	9	29	2	6	6
2	133	300	57	1 572	3 361	769	1 097	1 495	405	3	133	296	146	46	7
284	1 272	2 398	420	4 669	11 359	4 013	3 570	3 776	1 477	336	1 521	1 299	822	996	8
4,6	7,3	7,5	2,6	7,0	6,4	6,0	5,7	7,5	3,9	6,0	1,7	6,5	1,9	2,0	9
3,9	4,3	6,3	1,9	3,5	4,5	4,2	3,8	5,5	3,2	6,0	1,1	4,5	1,6	1,5	10
0,7	3,0	1,2	0,7	3,6	1,9	1,8	1,9	2,0	0,7	–	0,6	2,1	0,4	0,5	11
3,5	11,6	8,1	9,0	25,1	23,3	23,9	17,6	27,9	11,7	8,3	26,4	35,3	25,9	4,6	12
260	978	3 151	741	3 107	13 478	3 618	5 015	4 845	1 624	400	1 896	1 726	854	1 222	13
Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz															
22	40	167	32	176	369	126	114	129	60	34	184	86	76	83	14
58	245	435	127	680	1 899	759	523	617	181	102	394	243	219	154	15
–	2	4	–	5	22	3	8	11	–	–	–	6	2	–	16
1	6	14	2	21	70	36	11	23	4	4	3	8	1	2	17
1	2	14	1	9	38	23	5	10	2	4	1	3	1	1	18
–	4	–	1	12	32	13	6	13	2	–	2	5	–	1	19
–	20	36	5	132	354	102	78	174	29	1	29	30	32	3	20
54	220	471	116	690	1 897	735	525	637	172	108	401	257	221	177	21
100,0	96,8	89,6	99,1	93,2	87,6	85,7	85,7	91,4	98,3	99,1	89,5	98,4	97,7	94,4	22
–	3,2	10,4	0,9	6,8	12,4	14,3	14,3	8,6	1,7	0,9	10,5	1,6	2,3	5,6	23
1,9	3,2	3,6	0,9	3,5	3,6	4,4	2,3	3,8	2,9	3,7	0,7	3,5	0,5	1,1	24
1,9	0,9	3,6	–	1,6	2,1	3,0	1,1	1,9	1,2	3,7	0,2	1,6	0,5	0,6	25
–	2,3	–	0,9	1,9	1,5	1,4	1,1	1,9	1,7	–	0,5	1,9	–	0,6	26
1,9	20,5	18,0	19,0	34,8	35,7	39,5	30,5	35,6	10,5	13,9	36,9	45,1	41,6	6,8	27
26	65	131	43	166	371	150	112	109	69	28	177	72	74	60	28
Alter der Verfahren 2)															
286	1 043	3 282	784	3 273	13 849	3 768	5 127	4 954	1 693	428	2 073	1 798	928	1 282	29
–	–	117	3	1	128	5	120	3	–	–	24	102	5	11	31
5	4	130	12	1	230	23	202	5	1	2	64	87	13	22	32
2	10	262	46	19	562	65	413	84	15	3	124	148	44	48	33
24	68	484	220	136	1 653	271	772	610	127	42	264	311	94	131	34
78	152	751	212	602	3 617	882	1 306	1 429	534	106	512	384	192	343	35
177	809	1 538	291	2 514	7 659	2 522	2 314	2 823	1 016	275	1 085	766	580	727	
Prozesskostenhilfe															
338	1 492	2 869	536	5 359	13 256	4 748	4 095	4 413	1 649	444	1 922	1 556	1 043	1 173	36
4	35	67	9	126	499	175	117	207	29	10	46	34	32	53	37
–	2	5	1	9	19	3	4	12	–	–	1	2	2	1	38
13	42	106	31	203	487	195	88	204	60	29	107	79	40	50	39
Sonstiger Geschäftsanfall															
18	48	64	10	116	164	40	28	96	24	15	68	64	23	37	40
1	47	9	32	5	30	15	3	12	5	1	14	12	1	4	41

2 Vor dem Finanzgericht 2013 erledigte Klagen

2.1 Art der Erledigung, Inhalt der Entscheidung, Zahl der Sachgebiete, Zuständigkeit

Lfd. Nr.	Erledigungsart Inhalt der Entscheidung Zahl der Sachgebiete Zuständigkeit	Deutschland	Baden- Württem- berg	Bayern			Berlin	Branden- burg
				zusammen	München	Nürnberg		
Anzahl								
1	Erledigte Verfahren insgesamt	39 364	3 851	4 648	3 046	1 602	2 975	1 037
Die erledigten Verfahren wurden beendet durch								
2	Urteil	7 927	486	1 029	771	258	665	255
3	davon: aufgrund mündlicher Verhandlung	6 009	366	594	450	144	542	197
4	ohne mündliche Verhandlung	1 918	120	435	321	114	123	58
5	Gerichtsbescheid	1 744	135	255	175	80	145	67
6	Beschluss nach § 138 FGO	12 922	1 501	1 433	910	523	807	231
7	Einstellung wegen Zurücknahme der Klage (§ 72 FGO)	13 125	1 499	1 469	899	570	1 146	393
8	Aussetzung (§§ 46, 74 FGO) o. Ruhen (§ 155 FGO i.V.m. § 251 ZPO) ...	1 756	164	224	144	80	82	28
9	Verweisung oder Abgabe an ein anderes Gericht	180	4	28	18	10	7	7
10	Verbindung mit einem anderen Verfahren	488	10	63	48	15	50	17
11	sonstige Erledigungsart	1 222	52	147	81	66	73	39
12	Durch Urteil oder Gerichtsbescheid wurden erledigt	9 671	621	1 284	946	338	810	322
13	davon: durch Stattgabe	1 191	55	109	91	18	65	31
14	teilweise Stattgabe	931	36	120	98	22	76	25
15	Abweisung als unbegründet	5 739	438	780	557	223	472	179
16	Abweisung als unzulässig	1 810	92	275	200	75	197	87
Von den erledigten Verfahren betrafen								
17	ein Sachgebiet	31 596	3 285	3 826	2 434	1 392	2 419	860
18	zwei Sachgebiete	5 288	466	565	400	165	259	100
19	drei Sachgebiete	1 728	85	186	151	35	137	50
20	vier Sachgebiete	563	13	51	42	9	77	21
21	fünf Sachgebiete	164	2	19	18	1	68	4
22	sechs Sachgebiete	24	–	1	1	–	15	2
23	sieben Sachgebiete	–	–	–	–	–	–	–
24	acht Sachgebiete	1	–	–	–	–	–	–
25	neun Sachgebiete	–	–	–	–	–	–	–
26	zehn Sachgebiete	–	–	–	–	–	–	–
27	Durchschnittliche Zahl der Sachgebiete je erledigtes Verfahren	1,3	1,2	1,3	1,3	1,2	1,4	1,3
Die abschließende Entscheidung hat getroffen								
28	1. Der Senat	8 632	544	1 105	622	483	695	244
29	2. Der Vorsitzende oder Berichterstatter (§ 79a FGO)	24 860	2 783	2 939	1 846	1 093	1 764	601
30	3. Der Einzelrichter (§ 6 Abs. 1 FGO)	5 872	524	604	578	26	516	192
Prozent								
Die erledigten Verfahren wurden beendet durch								
		Anteil an						
31	Urteil	Zeile 1	20,1	12,6	22,1	25,3	16,1	24,6
32	davon: aufgrund mündlicher Verhandlung	Zeile 2	75,8	75,3	57,7	58,4	55,8	81,5
33	ohne mündliche Verhandlung	Zeile 2	24,2	24,7	42,3	41,6	44,2	18,5
34	Gerichtsbescheid	Zeile 1	4,4	3,5	5,5	5,7	5,0	4,9
35	Beschluss nach § 138 FGO	Zeile 1	32,8	39,0	30,8	29,9	32,6	27,1
36	Einstellung wegen Zurücknahme der Klage (§ 72 FGO)	Zeile 1	33,3	38,9	31,6	29,5	35,6	38,5
37	Aussetzung oder Ruhen (FGO, ZPO) laut Lfd. Nr. 8	Zeile 1	4,5	4,3	4,8	4,7	5,0	2,8
38	Verweisung oder Abgabe an ein anderes Gericht	Zeile 1	0,5	0,1	0,6	0,6	0,6	0,2
39	Verbindung mit einem anderen Verfahren	Zeile 1	1,2	0,3	1,4	1,6	0,9	1,7
40	sonstige Erledigungsart	Zeile 1	3,1	1,4	3,2	2,7	4,1	2,5
41	Durch Urteil oder Gerichtsbescheid wurden erledigt	Zeile 12	100	100	100	100	100	100
42	davon: durch Stattgabe	Zeile 12	12,3	8,9	8,5	9,6	5,3	8,0
43	teilweise Stattgabe	Zeile 12	9,6	5,8	9,3	10,4	6,5	9,4
44	Abweisung als unbegründet	Zeile 12	59,3	70,5	60,7	58,9	66,0	58,3
45	Abweisung als unzulässig	Zeile 12	18,7	14,8	21,4	21,1	22,2	24,3
Von den erledigten Verfahren betrafen								
46	ein Sachgebiet		80,3	85,3	82,3	79,9	86,9	81,3
47	zwei Sachgebiete		13,4	12,1	12,2	13,1	10,3	8,7
48	drei Sachgebiete		4,4	2,2	4,0	5,0	2,2	4,6
49	vier Sachgebiete		1,4	0,3	1,1	1,4	0,6	2,6
50	fünf Sachgebiete		0,4	0,1	0,4	0,6	0,1	2,3
51	sechs Sachgebiete		0,1	–	0,0	0,0	–	0,5
52	sieben Sachgebiete		–	–	–	–	–	–
53	acht Sachgebiete		0,0	–	–	–	–	–
54	neun Sachgebiete		–	–	–	–	–	–
55	zehn Sachgebiete		–	–	–	–	–	–
Die abschließende Entscheidung hat getroffen								
56	1. Der Senat	Zeile 1	21,9	14,1	23,8	20,4	30,1	23,5
57	2. Der Vorsitzende oder Berichterstatter (§ 79a FGO)	Zeile 1	63,2	72,3	63,2	60,6	68,2	59,3
58	3. Der Einzelrichter (§ 6 Abs. 1 FGO)	Zeile 1	14,9	13,6	13,0	19,0	1,6	17,3

2 Vor dem Finanzgericht 2013 erledigte Klagen

2.1 Art der Erledigung, Inhalt der Entscheidung, Zahl der Sachgebiete, Zuständigkeit

Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklen- burg- Vor- pommern	Nieder- sachsen	Nordrhein-Westfalen				Rhein- land- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schles- wig- Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
					zu- sam- men	Düssel- dorf	Köln	Münster							
Anzahl															
284	1 272	2 398	420	4 669	11 359	4 013	3 570	3 776	1 477	336	1 521	1 299	822	996	1
64	216	577	101	899	2 087	716	623	748	570	55	425	159	156	183	2
42	157	466	60	721	1 711	610	576	525	445	46	286	130	102	144	3
22	59	111	41	178	376	106	47	223	125	9	139	29	54	39	4
2	41	66	26	152	602	236	165	201	61	39	63	55	11	24	5
80	451	636	125	1 487	4 129	1 559	1 325	1 245	316	82	470	497	333	344	6
86	389	668	129	1 821	3 615	1 155	1 236	1 224	382	119	410	450	217	332	7
31	121	303	9	154	308	129	88	91	86	38	59	48	28	73	8
2	3	8	1	10	85	41	17	27	2	–	10	4	3	6	9
7	11	30	12	15	198	70	20	108	13	–	31	17	5	9	10
12	40	110	17	131	335	107	96	132	47	3	53	69	69	25	11
66	257	643	127	1 051	2 689	952	788	949	631	94	488	214	167	207	12
8	34	88	4	134	414	162	90	162	80	7	90	30	18	24	13
4	22	58	15	125	293	95	77	121	52	8	49	15	13	20	14
46	160	401	80	596	1 432	480	432	520	437	70	278	116	117	137	15
8	41	96	28	196	550	215	189	146	62	9	71	53	19	26	16
226	990	2 025	348	3 596	8 770	3 252	2 699	2 819	1 228	281	1 231	1 014	605	892	17
52	169	227	45	774	1 856	531	568	757	184	33	160	163	166	69	18
6	68	107	16	218	550	169	221	160	54	21	86	89	35	20	19
–	41	36	10	63	158	54	68	36	9	–	33	26	12	13	20
–	2	3	1	18	24	6	14	4	2	–	8	7	4	2	21
–	1	–	–	–	1	1	–	–	–	1	3	–	–	–	22
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	23
–	1	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	24
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	25
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	26
1,2	1,4	1,2	1,3	1,3	1,3	1,3	1,4	1,3	1,2	1,2	1,3	1,3	1,4	1,2	27
35	176	348	77	1 002	2 720	915	794	1 011	465	92	384	352	107	286	28
233	944	1 159	269	3 368	6 767	2 174	2 212	2 381	616	244	888	925	683	677	29
16	152	891	74	299	1 872	924	564	384	396	–	249	22	32	33	30
Prozent															
22,5	17,0	24,1	24,0	19,3	18,4	17,8	17,5	19,8	38,6	16,4	27,9	12,2	19,0	18,4	31
65,6	72,7	80,8	59,4	80,2	82,0	85,2	92,5	70,2	78,1	83,6	67,3	81,8	65,4	78,7	32
34,4	27,3	19,2	40,6	19,8	18,0	14,8	7,5	29,8	21,9	16,4	32,7	18,2	34,6	21,3	33
0,7	3,2	2,8	6,2	3,3	5,3	5,9	4,6	5,3	4,1	11,6	4,1	4,2	1,3	2,4	34
28,2	35,5	26,5	29,8	31,8	36,4	38,8	37,1	33,0	21,4	24,4	30,9	38,3	40,5	34,5	35
30,3	30,6	27,9	30,7	39,0	31,8	28,8	34,6	32,4	25,9	35,4	27,0	34,6	26,4	33,3	36
10,9	9,5	12,6	2,1	3,3	2,7	3,2	2,5	2,4	5,8	11,3	3,9	3,7	3,4	7,3	37
0,7	0,2	0,3	0,2	0,2	0,7	1,0	0,5	0,7	0,1	–	0,7	0,3	0,4	0,6	38
2,5	0,9	1,3	2,9	0,3	1,7	1,7	0,6	2,9	0,9	–	2,0	1,3	0,6	0,9	39
4,2	3,1	4,6	4,0	2,8	2,9	2,7	2,7	3,5	3,2	0,9	3,5	5,3	8,4	2,5	40
100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	41
12,1	13,2	13,7	3,1	12,7	15,4	17,0	11,4	17,1	12,7	7,4	18,4	14,0	10,8	11,6	42
6,1	8,6	9,0	11,8	11,9	10,9	10,0	9,8	12,8	8,2	8,5	10,0	7,0	7,8	9,7	43
69,7	62,3	62,4	63,0	56,7	53,3	50,4	54,8	54,8	69,3	74,5	57,0	54,2	70,1	66,2	44
12,1	16,0	14,9	22,0	18,6	20,5	22,6	24,0	15,4	9,8	9,6	14,5	24,8	11,4	12,6	45
79,6	77,8	84,4	82,9	77,0	77,2	81,0	75,6	74,7	83,1	83,6	80,9	78,1	73,6	89,6	46
18,3	13,3	9,5	10,7	16,6	16,3	13,2	15,9	20,0	12,5	9,8	10,5	12,5	20,2	6,9	47
2,1	5,3	4,5	3,8	4,7	4,8	4,2	6,2	4,2	3,7	6,3	5,7	6,9	4,3	2,0	48
–	3,2	1,5	2,4	1,3	1,4	1,3	1,9	1,0	0,6	–	2,2	2,0	1,5	1,3	49
–	0,2	0,1	0,2	0,4	0,2	0,1	0,4	0,1	0,1	–	0,5	0,5	0,5	0,2	50
–	0,1	–	–	–	0,0	0,0	–	–	–	0,3	0,2	–	–	–	51
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	52
–	0,1	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	53
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	54
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	55
12,3	13,8	14,5	18,3	21,5	23,9	22,8	22,2	26,8	31,5	27,4	25,2	27,1	13,0	28,7	56
82,0	74,2	48,3	64,0	72,1	59,6	54,2	62,0	63,1	41,7	72,6	58,4	71,2	83,1	68,0	57
5,6	11,9	37,2	17,6	6,4	16,5	23,0	15,8	10,2	26,8	–	16,4	1,7	3,9	3,3	58

2 Vor dem Finanzgericht 2013 erledigte Klagen

2.2 Verfahrensdauer

Lfd. Nr.	Verfahrensdauer	Deutschland	Baden- Württem- berg	Bayern			Berlin	Branden- burg
				zusammen	München	Nürnberg		
Anzahl								
1	Erledigte Verfahren insgesamt	39 364	3 851	4 648	3 046	1 602	2 975	1 037
2	Durchschnittsdauer in Monaten	15,9	15,6	15,5	16,7	13,1	20,7	21,8
Prozent								
3	Verfahrensdauer mehr als ... bis ... Monate	100	100	100	100	100	100	100
4	bis 3	16,0	14,0	14,5	13,3	16,9	14,1	13,4
5	3 - 6	17,2	13,5	16,3	14,9	18,9	15,9	13,4
6	6 - 12	21,0	20,4	20,7	19,9	22,2	16,1	17,6
7	12 - 18	12,0	15,1	11,8	11,0	13,3	8,5	8,3
8	18 - 24	9,3	13,2	10,3	9,9	10,9	7,7	7,4
9	24 - 36	14,0	15,9	18,8	21,6	13,7	16,2	16,9
10	36 - 48	6,3	6,7	6,6	8,4	3,1	11,9	12,0
11	48 - 60	2,4	1,0	0,9	0,9	0,9	6,5	7,9
12	60 - 72	1,1	0,2	0,1	0,1	0,1	2,4	1,5
13	mehr als 72 Monate	0,7	0,1	0,0	0,0	–	0,8	1,6
Prozent, kumuliert								
Verfahrensdauer bis einschl. ... Monate								
14	3	16,0	14,0	14,5	13,3	16,9	14,1	13,4
15	6	33,2	27,5	30,8	28,2	35,8	30,0	26,8
16	12	54,2	47,9	51,5	48,1	58,1	46,1	44,4
17	18	66,2	63,0	63,3	59,1	71,3	54,6	52,7
18	24	75,5	76,2	73,6	69,0	82,3	62,3	60,1
19	36	89,5	92,1	92,4	90,5	95,9	78,4	77,0
20	48	95,8	98,8	99,0	98,9	99,1	90,3	88,9
21	60	98,2	99,7	99,9	99,8	99,9	96,8	96,8
22	72	99,3	99,9	100,0	100,0	100,0	99,2	98,4
Anzahl								
23	Durch Urteil oder Gerichtsbescheid erledigte Verfahren, die nicht als unzulässig abgewiesen wurden, zusammen .	7 861	529	1 009	746	263	613	235
24	Durchschnittsdauer in Monaten	22,2	22,5	22,1	23,7	17,6	30,9	32,9
Prozent								
25	Verfahrensdauer mehr als ... bis ... Monate	100	100	100	100	100	100	100
26	bis 3	3,6	3,2	3,0	2,3	4,9	0,3	1,3
27	3 - 6	9,3	6,0	6,5	5,9	8,4	4,4	1,7
28	6 - 12	19,0	14,0	15,4	12,2	24,3	11,1	8,5
29	12 - 18	15,6	16,8	16,2	14,5	20,9	9,0	10,2
30	18 - 24	12,9	17,2	14,7	14,7	14,4	11,1	11,5
31	24 - 36	21,9	27,2	31,2	34,7	21,3	27,2	24,3
32	36 - 48	11,2	13,0	11,0	13,3	4,6	21,2	21,7
33	48 - 60	3,8	1,9	1,7	2,0	0,8	11,6	15,7
34	60 - 72	1,7	0,4	0,3	0,3	0,4	3,1	3,4
35	mehr als 72 Monate	0,9	0,2	0,1	0,1	–	1,0	1,7
Prozent, kumuliert								
Verfahrensdauer bis einschl. ... Monate								
36	3	3,6	3,2	3,0	2,3	4,9	0,3	1,3
37	6	12,9	9,3	9,5	8,2	13,3	4,7	3,0
38	12	31,9	23,3	24,9	20,4	37,6	15,8	11,5
39	18	47,5	40,1	41,0	34,9	58,6	24,8	21,7
40	24	60,4	57,3	55,7	49,6	73,0	35,9	33,2
41	36	82,3	84,5	86,9	84,3	94,3	63,1	57,4
42	48	93,6	97,5	97,9	97,6	98,9	84,3	79,1
43	60	97,4	99,4	99,6	99,6	99,6	95,9	94,9
44	72	99,1	99,8	99,9	99,9	100,0	99,0	98,3
Durchschnittsdauer in Monaten								
Durch Urteil oder Gerichtsbescheid erledigte Verfahren, die nicht als unzulässig abgewiesen wurden, mit ... Sachgebiet(en)								
45	einem	21,9	22,6	22,0	23,5	17,8	30,0	32,6
46	zwei	23,4	21,9	21,4	23,1	15,5	33,3	37,0
47	drei	25,1	23,4	28,2	29,5	17,4	36,2	30,3
48	vier	25,3	26,8	24,7	31,9	13,8	37,9	36,7
49	fünf	29,5	–	41,9	41,9	–	38,9	15,6
50	sechs	3,3	–	–	–	–	29,7	33,8
51	sieben	–	–	–	–	–	–	–
52	acht	–	–	–	–	–	–	–
53	neun	–	–	–	–	–	–	–
54	zehn	–	–	–	–	–	–	–

2 Vor dem Finanzgericht 2013 erledigte Klagen

2.2 Verfahrensdauer

Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklen- burg- Vor- pommern	Nieder- sachsen	Nordrhein-Westfalen				Rhein- land- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schles- wig- Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
					zu- sammen	Düssel- dorf	Köln	Münster							
Anzahl															
284 9,1	1 272 9,7	2 398 22,2	420 17,2	4 669 9,5	11 359 15,6	4 013 12,3	3 570 18,3	3 776 16,7	1 477 14,9	336 10,9	1 521 16,6	1 299 26,6	822 13,3	996 15,4	1 2
Prozent															
100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	3
36,3	19,3	15,4	12,9	22,2	14,4	13,1	17,2	13,2	15,9	22,0	18,5	12,2	18,7	15,7	4
13,4	23,9	13,3	14,3	25,8	17,5	21,0	16,6	14,6	12,3	19,6	18,4	11,7	16,4	17,0	5
26,8	28,9	17,9	20,5	23,5	21,6	28,1	18,5	17,7	21,4	25,3	20,6	15,3	25,8	21,8	6
9,2	14,4	8,4	14,0	12,3	12,5	14,7	9,8	12,8	16,1	10,1	11,6	8,8	11,4	13,4	7
5,3	6,2	8,5	13,8	8,1	9,7	9,1	8,6	11,4	11,6	9,8	6,6	6,8	8,8	8,2	8
4,9	5,3	14,6	14,8	6,2	15,0	10,1	12,8	22,2	17,5	11,9	9,1	14,3	12,9	14,5	9
3,9	1,6	8,1	5,2	1,6	6,0	2,8	7,9	7,6	4,7	0,3	6,6	11,5	4,6	5,9	10
–	0,2	6,0	2,4	0,1	2,0	0,6	5,3	0,5	0,3	0,6	4,7	8,0	1,1	2,3	11
0,4	0,2	4,3	1,0	–	0,8	0,2	2,3	0,1	–	–	2,6	6,6	0,2	0,8	12
–	–	3,6	1,2	0,0	0,4	0,2	1,1	0,0	0,1	0,3	1,1	4,8	–	0,5	13
Prozent, kumuliert															
36,3	19,3	15,4	12,9	22,2	14,4	13,1	17,2	13,2	15,9	22,0	18,5	12,2	18,7	15,7	14
49,6	43,2	28,7	27,1	48,0	31,9	34,1	33,8	27,8	28,2	41,7	36,9	23,9	35,2	32,6	15
76,4	72,1	46,6	47,6	71,5	53,6	62,2	52,3	45,5	49,6	67,0	57,6	39,2	60,9	54,4	16
85,6	86,5	55,0	61,7	83,8	66,1	77,0	62,1	58,3	65,7	77,1	69,2	48,0	72,4	67,8	17
90,8	92,7	63,5	75,5	92,0	75,8	86,1	70,7	69,7	77,3	86,9	75,9	54,7	81,1	76,0	18
95,8	98,0	78,1	90,2	98,2	90,8	96,2	83,5	91,8	94,9	98,8	84,9	69,1	94,0	90,5	19
99,6	99,6	86,2	95,5	99,8	96,8	99,1	91,3	99,4	99,6	99,1	91,6	80,6	98,7	96,4	20
99,6	99,8	92,2	97,9	100,0	98,8	99,6	96,6	99,9	99,9	99,7	96,3	88,6	99,8	98,7	21
100,0	100,0	96,4	98,8	100,0	99,6	99,8	98,9	100,0	99,9	99,7	98,9	95,2	100,0	99,5	22
Anzahl															
58 13,1	216 14,4	547 29,7	99 25,9	855 13,3	2 139 21,2	737 14,6	599 27,3	803 22,8	569 20,2	85 14,4	417 21,3	161 39,0	148 17,7	181 21,3	23 24
Prozent															
100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	25
17,2	0,5	1,6	–	6,7	3,4	4,6	3,0	2,6	2,1	5,9	11,3	1,9	5,4	3,9	26
17,2	10,6	5,1	4,0	18,4	10,6	16,8	8,0	6,7	5,3	22,4	15,3	3,7	13,5	7,7	27
24,1	38,4	17,9	14,1	29,2	19,9	29,0	16,2	14,2	17,4	28,2	18,0	9,3	25,7	22,1	28
10,3	25,5	12,8	17,2	19,2	16,0	21,0	11,7	14,6	22,1	14,1	10,6	5,0	12,8	18,8	29
13,8	9,3	9,5	16,2	12,9	12,4	11,0	12,5	13,6	17,8	7,1	9,1	9,9	12,8	14,9	30
12,1	13,4	19,2	29,3	10,9	21,7	11,9	18,4	33,1	27,6	18,8	14,6	14,9	18,2	16,6	31
5,2	1,4	15,2	9,1	2,3	11,5	4,6	16,4	14,2	7,4	1,2	11,0	24,8	10,1	8,3	32
–	0,5	8,6	6,1	0,4	2,7	0,8	7,5	0,7	0,4	2,4	5,0	10,6	1,4	3,3	33
–	0,5	6,0	3,0	–	1,4	0,1	4,7	0,1	–	–	3,1	11,2	–	2,8	34
–	–	4,0	1,0	0,1	0,5	–	1,7	0,1	–	–	1,9	8,7	–	1,7	35
Prozent, kumuliert															
17,2	0,5	1,6	–	6,7	3,4	4,6	3,0	2,6	2,1	5,9	11,3	1,9	5,4	3,9	36
34,5	11,1	6,8	4,0	25,0	14,0	21,4	11,0	9,3	7,4	28,2	26,6	5,6	18,9	11,6	37
58,6	49,5	24,7	18,2	54,3	33,8	50,5	27,2	23,5	24,8	56,5	44,6	14,9	44,6	33,7	38
69,0	75,0	37,5	35,4	73,5	49,8	71,5	38,9	38,1	46,9	70,6	55,2	19,9	57,4	52,5	39
82,8	84,3	47,0	51,5	86,3	62,2	82,5	51,4	51,7	64,7	77,6	64,3	29,8	70,3	67,4	40
94,8	97,7	66,2	80,8	97,2	83,9	94,4	69,8	84,8	92,3	96,5	78,9	44,7	88,5	84,0	41
100,0	99,1	81,4	89,9	99,5	95,4	99,1	86,1	99,0	99,6	97,6	89,9	69,6	98,6	92,3	42
–	99,5	89,9	96,0	99,9	98,1	99,9	93,7	99,8	100,0	100,0	95,0	80,1	100,0	95,6	43
–	100,0	96,0	99,0	99,9	99,5	100,0	98,3	99,9	–	–	98,1	91,3	–	98,3	44
Durchschnittsdauer in Monaten															
10,5	14,0	30,0	23,6	12,9	20,9	14,3	27,0	23,0	19,7	14,0	20,9	36,6	18,2	20,8	45
23,8	17,5	28,3	30,6	14,9	21,7	15,8	28,6	20,7	23,1	20,0	26,3	37,0	14,9	27,3	46
10,7	17,0	31,6	37,8	16,5	23,3	18,0	22,9	29,5	21,1	14,7	18,1	63,1	17,6	23,9	47
–	16,2	15,4	39,9	17,8	31,9	25,5	36,6	33,0	26,1	–	21,2	–	32,8	–	48
–	6,4	53,8	48,3	–	52,6	52,2	53,1	–	–	–	15,6	19,4	–	22,5	49
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	50
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	51
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	52
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	53
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	54

2 Vor dem Finanzgericht 2013 erledigte Klagen

2.3 Sachgebiete

Lfd. Nr.	Systematik - Nummer Sachgebiet 1)	Deutschland	Baden- Württem- berg	Bayern			Berlin	Branden- burg
				zu- sammen	München	Nürnberg		
		Anzahl						
1	Erledigte Verfahren insgesamt	39 364	3 851	4 648	3 046	1 602	2 975	1 037
2	Zahl der Sachgebiete in diesen Verfahren	50 829	4 534	5 819	3 951	1 868	4 086	1 326
		Von den erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) entfielen auf die Sachgebiete ... % 2)						
3	100 Gewinneinkünfte	16,5	16,5	19,4	21,6	15,3	15,6	18,4
4	200 Überschusseinkünfte	16,2	18,8	20,0	21,4	17,3	11,0	16,3
5	300 Sonstige Steuern von Einkommen einschl. einschließlich nichteinkunftsart- spezifische Streitpunkte	8,4	8,5	5,1	5,5	4,2	4,8	5,9
6	310 Lohnsteuer und Einkommensteuer-Vorauszahlung	0,4	0,1	0,6	0,4	0,8	0,3	–
7	320 Kapitalertragsteuer	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,2	0,1
8	330 Kirchensteuer	0,2	0,4	0,3	0,3	0,2	0,0	–
9	340 nichteinkunftsartspezifische Streitpunkte	4,3	1,8	1,2	0,4	2,7	0,0	–
10	350 Solidaritätszuschlag	0,7	0,6	1,5	2,3	–	0,3	0,2
11	400 Steuern von Einkommen, die (noch) nicht eindeutig den Sachgebieten 100 bis 300 zugeordnet werden konnten .	0,7	1,0	0,1	0,1	0,1	1,2	1,6
12	500 Körperschaftsteuer, soweit nicht Sachgebiet 1020	4,2	2,7	3,4	3,0	4,0	6,1	5,9
13	600 Objektbezogene Steuern	9,9	7,0	8,9	8,9	8,9	21,0	11,4
14	610 Gewerbesteuermessbetrag	8,7	6,4	8,8	8,7	8,9	10,0	10,0
15	620 Grundsteuermessbetrag	0,3	0,2	0,1	0,2	0,1	0,5	0,2
16	700 Verkehrssteuern	19,0	15,6	19,1	21,5	14,4	21,5	20,3
17	710 Steuern vom Umsatz	16,1	11,8	16,0	17,7	12,7	18,5	17,4
18	711 Umsatzsteuer	16,0	11,7	15,9	17,6	12,6	18,5	17,4
19	720 Rechtsverkehrssteuern	2,3	2,6	2,5	3,2	1,3	2,7	2,2
20	721 Erbschaft- und Schenkungsteuer	1,2	1,7	1,6	1,8	1,2	0,5	0,3
21	722 Grunderwerbsteuer	1,1	0,9	0,9	1,3	0,1	2,1	1,9
22	730 Kraftfahrzeugsteuer	0,6	0,8	0,5	0,6	0,4	0,4	0,7
23	800 Verbrauchsteuern sowie Angelegenheiten, die der Gesetzgebung des Bundes unterliegen und durch Bundes- oder Landesbehörden verwaltet werden	2,2	2,3	2,6	3,9	–	0,8	8,2
24	810 Verbrauchsteuer	0,8	0,4	1,2	1,8	–	0,4	2,5
25	811 Mineralölsteuer	0,3	0,3	0,7	1,1	–	0,1	0,1
26	812 Tabaksteuer	0,2	–	0,1	0,2	–	0,1	1,9
27	813 Stromsteuer	0,1	0,1	0,1	0,1	–	0,1	0,5
28	820 Angelegenheiten i.S.d. § 33 FGO, die der Gesetzgebung des Bundes unterliegen und durch Bundes- oder Landesbehörden verwaltet werden	1,3	1,1	1,4	2,1	–	0,3	5,6
29	821 Zölle (einschließlich Zolllarif)	0,8	1,0	0,8	1,1	–	0,2	1,1
30	822 Ausgleichsteuer, Einfuhrumsatzsteuer und Vergütung nach dem Absicherungsgesetz	0,2	0,0	0,6	0,9	–	0,1	0,7
31	823 Marktordnungssachen	0,0	0,0	0,0	0,0	–	–	–
32	900 Prämien, Zulagen und sonstige Förderungs- leistungen (einschließlich Familien- leistungsausgleich)	18,6	21,7	18,2	15,4	23,5	20,2	6,9
33	910 Familienleistungsausgleich	17,5	20,7	17,5	14,7	22,8	18,5	3,5
34	920 Eigenheimzulage	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6	0,3	1,4
35	1000 Feststellung von Besteuerungsgrundlagen, Bewertung und Zerlegung	15,7	12,2	15,7	17,1	13,0	21,1	16,5
36	1010 Gesonderte Feststellung von Einkünften	4,9	3,1	5,5	6,2	4,2	10,2	6,6
37	1020 Besondere Feststellung nach dem KStG	1,4	1,2	1,6	1,7	1,2	2,5	1,7
38	1030 Bewertung des Grundvermögens	1,1	1,0	0,8	1,1	0,2	1,5	1,3
39	1100 Steuern vom Vermögen, Haftung für Steuern sowie AO/FGO-Sachen, sonstige Verfahren	14,8	11,3	10,5	10,6	10,2	10,7	15,0
40	1110 Vermögensteuer	0,1	0,1	0,1	0,1	–	0,1	–
41	1120 Haftung für Steuern	3,1	1,9	2,3	2,6	1,9	2,9	4,8
42	1121 Haftung für Lohnsteuer	0,9	0,7	0,8	0,7	0,9	0,1	0,2
43	1122 Haftung für Umsatzsteuer	0,8	0,8	0,8	0,9	0,6	0,3	0,2
44	1123 Haftung für Körperschaftsteuer	0,2	0,1	0,2	0,2	0,1	–	–
45	1130 AO/FGO-Sachen	10,4	7,8	8,1	8,0	8,3	7,8	10,2
46	1131 Verfahren in Vollstreckungssachen	1,3	0,9	1,2	1,3	1,0	1,3	2,7
47	1132 Steuerberatungssachen (§ 33 Abs. 1 Nr. 3 FGO)	0,4	0,4	0,3	0,4	0,3	0,4	0,2
48	1133 Verfahren wegen Erlass, Stundung, Verspätungszuschlag, Abrechnung	3,4	2,0	3,5	3,8	2,8	4,2	5,3
49	1200 Vollschatzfälle	3,0	0,2	2,3	0,6	5,7	3,3	1,4

1) Die aufgeführten Einzelsachgebiete addieren sich nicht notwendigerweise zu Untergruppen und Hauptgruppen (siehe Sachgebietskatalog im Anhang).

2) Da Verfahren mehrere Sachgebiete betreffen können, summieren sich die dargestellten Anteilswerte auf mehr als 100%.

2 Vor dem Finanzgericht 2013 erledigte Klagen

2.3 Sachgebiete

Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklen- burg- Vor- pommern	Nieder- sachsen	Nordrhein-Westfalen				Rhein- land- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schles- wig- Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
					zu- sammen	Düssel- dorf	Köln	Münster							
Anzahl															
284 348	1 272 1 720	2 398 3 208	420 531	4 669 6 140	11 359 14 890	4 013 5 073	3 570 4 840	3 776 4 977	1 477 1 804	336 416	1 521 1 999	1 299 1 746	822 1 110	996 1 152	1 2
Von den erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) entfielen auf die Sachgebiete ... % 2)															
10,2	13,6	11,6	17,4	16,8	16,6	14,5	16,9	18,5	17,5	15,8	11,4	15,9	13,7	25,5	3
11,3	12,8	12,2	18,8	15,0	17,6	16,9	20,2	15,8	16,5	11,0	18,5	15,0	18,7	6,3	4
7,0	4,5	18,7	4,5	9,3	10,2	8,6	14,6	7,9	9,1	8,3	4,6	5,5	9,4	1,7	5
0,4	0,3	0,9	–	0,3	0,4	0,7	0,3	0,2	0,1	0,6	0,3	0,8	0,2	0,2	6
–	0,2	0,1	0,2	0,1	0,2	0,1	0,4	0,0	0,1	–	–	0,1	0,4	0,3	7
2,1	0,2	–	1,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	–	0,9	1,2	0,2	1,6	0,4	8
0,4	3,1	0,3	–	8,3	8,1	7,3	12,0	5,2	8,1	1,5	0,1	3,8	3,8	0,1	9
3,5	0,6	0,2	2,4	0,1	0,2	0,0	0,3	0,3	0,2	2,4	3,0	0,6	2,8	0,3	10
–	1,3	2,3	0,2	0,7	0,4	0,0	1,1	0,1	0,5	1,8	–	1,1	0,1	–	11
1,4	7,1	4,3	4,3	4,9	3,8	4,0	4,5	2,9	2,9	4,2	4,3	5,3	4,1	4,0	12
6,3	16,2	10,2	10,2	9,0	7,7	7,5	7,6	8,0	8,2	11,0	11,2	14,1	8,4	8,7	13
5,3	13,5	9,2	8,6	8,8	7,5	7,4	7,4	7,8	8,0	10,7	10,6	13,5	8,2	8,6	14
1,1	0,5	1,0	1,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,3	0,6	0,5	0,2	0,1	15
14,8	17,9	19,1	16,0	20,1	19,5	15,4	24,7	18,9	16,9	18,2	20,4	25,0	15,6	12,2	16
12,0	16,0	14,8	12,4	17,6	16,4	13,4	21,8	14,5	15,4	17,6	17,7	22,5	13,4	10,2	17
12,0	15,9	14,7	12,4	17,6	16,4	13,4	21,7	14,5	14,8	17,6	17,7	21,6	13,4	10,2	18
1,8	1,3	3,3	2,1	2,1	2,5	1,8	2,1	3,8	1,5	0,3	1,9	1,4	1,1	1,4	19
1,1	1,0	1,8	–	0,9	1,7	1,1	1,2	3,0	0,9	–	0,5	0,4	0,1	0,3	20
0,7	0,3	1,4	2,1	1,2	0,8	0,7	0,9	0,7	0,5	0,3	1,4	1,0	1,0	1,1	21
1,1	0,6	1,1	1,4	0,3	0,4	0,2	0,6	0,5	–	0,3	0,9	1,2	1,1	0,6	22
9,2	14,2	4,1	3,6	–	1,5	4,2	–	–	0,1	3,9	2,1	0,6	–	2,7	23
4,9	2,5	0,9	1,4	–	0,7	1,9	–	–	0,1	2,7	0,9	0,4	–	2,1	24
0,4	0,2	0,5	–	–	0,4	1,2	–	–	–	–	0,5	0,1	–	0,3	25
4,2	0,8	0,0	1,0	–	0,1	0,4	–	–	–	–	0,3	–	–	0,6	26
–	1,0	–	0,5	–	0,1	0,2	–	–	0,1	–	–	0,2	–	1,2	27
4,2	7,8	3,2	2,1	–	0,8	2,2	–	–	–	1,2	1,2	0,2	–	0,6	28
3,5	6,8	1,0	2,1	–	0,5	1,5	–	–	–	1,2	0,7	–	–	0,6	29
0,7	0,2	0,1	–	–	0,3	0,7	–	–	–	–	0,5	–	–	–	30
–	0,7	0,0	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0,2	–	–	31
22,2	16,5	26,1	25,2	12,4	16,8	18,7	9,2	22,1	21,4	19,3	22,8	16,2	23,6	32,8	32
22,2	16,1	25,1	21,7	12,1	16,2	18,3	8,5	21,3	20,6	19,0	20,4	13,6	23,1	29,6	33
–	0,2	0,9	1,0	0,2	0,5	0,3	0,7	0,5	0,8	0,3	0,3	1,2	0,4	0,8	34
11,6	18,6	12,3	15,2	16,1	16,1	17,0	16,5	14,9	12,3	12,8	15,9	18,9	14,8	12,7	35
6,7	9,3	10,1	2,6	1,2	2,9	3,2	4,8	0,7	9,2	1,2	4,8	7,6	5,5	6,1	36
1,1	0,3	0,1	2,4	1,5	1,4	2,4	1,6	0,1	1,5	2,1	0,4	1,5	3,3	1,4	37
1,4	0,8	1,1	2,9	1,0	1,3	1,1	1,1	1,7	1,4	0,6	0,3	1,5	1,0	0,4	38
28,2	12,4	12,6	9,0	17,1	17,5	15,2	15,7	21,7	16,6	15,2	18,2	15,2	26,5	8,9	39
–	–	0,5	–	–	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	–	–	–	–	–	40
1,8	2,6	3,4	1,2	2,0	3,3	3,4	3,2	3,4	3,7	6,0	5,9	3,5	6,7	4,0	41
1,1	0,5	1,3	0,5	0,7	1,0	0,9	1,0	1,1	1,4	2,1	1,5	0,8	2,4	1,1	42
–	0,1	0,9	0,2	0,6	0,9	0,4	1,2	1,1	1,0	2,7	1,0	1,3	2,9	0,2	43
–	–	–	–	0,1	0,3	0,2	0,6	0,3	–	–	0,2	0,6	1,1	0,1	44
26,4	9,3	8,2	5,2	9,9	12,9	11,6	12,3	14,9	11,2	9,2	12,2	11,1	19,3	4,9	45
4,9	0,9	0,9	0,2	1,5	1,2	1,7	1,1	0,8	1,8	1,8	1,1	1,5	2,8	1,0	46
1,1	0,4	1,0	0,5	0,4	0,2	0,4	0,1	0,2	0,1	0,3	0,5	0,2	0,1	0,4	47
2,8	2,9	3,2	1,7	5,3	2,9	2,5	3,6	2,7	1,6	3,9	3,8	4,2	5,2	1,5	48
0,4	0,2	0,3	1,9	10,2	3,4	4,4	4,5	1,1	–	2,4	2,0	1,5	–	–	49

3 Vor dem Finanzgericht 2013 erledigte Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz

3.1 Art der Erledigung, Inhalt der Entscheidung, Zahl der Sachgebiete, Zuständigkeit

Lfd. Nr.	Erledigungsart Inhalt der Entscheidung Zahl der Sachgebiete Zuständigkeit	Deutschland	Baden- Württem- berg	Bayern			Berlin	Branden- burg
				zu- sam- men	München	Nürnberg		
Anzahl								
1	Erledigte Verfahren insgesamt	7 047	550	821	614	207	596	296
Die erledigten Verfahren wurden beendet durch								
2	Beschluss über Aussetzung der Vollziehung oder einstweilige Anordnung	3 704	194	525	414	111	413	168
3	davon: aufgrund mündlicher Verhandlung	42	2	4	2	2	2	2
4	ohne mündliche Verhandlung	3 662	192	521	412	109	411	166
5	Beschluss nach § 138 FGO	1 481	157	138	88	50	82	51
6	Einstellung wegen Zurücknahme des Antrags (§ 72 FGO)	1 644	197	145	102	43	90	72
7	Aussetzung (§§ 46, 74 FGO) o.Ruhen (§ 155 FGO i.V.m. § 251 ZPO)	18	–	–	–	–	–	–
8	Verweisung oder Abgabe an ein anderes Gericht	40	1	4	4	–	–	3
9	Verbindung mit einem anderen Verfahren	55	–	4	2	2	2	–
10	sonstige Erledigungsart	105	1	5	4	1	9	2
11	Durch Beschluss über Aussetzung der Vollziehung oder einstweilige Anordnung wurden erledigt	3 704	194	525	414	111	413	168
12	davon: durch Stattgabe	459	17	56	48	8	62	20
13	teilweise Stattgabe	471	18	72	59	13	47	30
14	Abweisung als unbegründet	1 820	99	281	214	67	169	72
15	Abweisung als unzulässig	954	60	116	93	23	135	46
Von den erledigten Verfahren betrafen ...								
16	ein Sachgebiet	5 362	449	641	466	175	446	241
17	zwei Sachgebiete	1 012	78	126	100	26	55	26
18	drei Sachgebiete	485	21	39	34	5	45	22
19	vier Sachgebiete	145	2	11	10	1	34	5
20	fünf Sachgebiete	38	–	4	4	–	14	2
21	sechs Sachgebiete	5	–	–	–	–	2	–
22	sieben Sachgebiete	–	–	–	–	–	–	–
23	acht Sachgebiete	–	–	–	–	–	–	–
24	neun Sachgebiete	–	–	–	–	–	–	–
25	zehn Sachgebiete	–	–	–	–	–	–	–
26	Durchschnittliche Zahl der Sachgebiete je erledigtes Verfahren	1,4	1,2	1,3	1,4	1,2	1,5	1,3
Die abschließende Entscheidung hat getroffen								
27	1. Der Senat	3 288	168	467	349	118	377	158
28	2. Der Vorsitzende oder Berichterstatter (§ 79a FGO)	3 347	346	274	185	89	191	121
29	3. Der Einzelrichter (§ 6 Abs. 1 FGO)	412	36	80	80	–	28	17
Prozent								
Die erledigten Verfahren wurden beendet durch								
		Anteil an						
30	Beschluss über Aussetzung der Vollziehung oder einstweilige Anordnung	Zeile 1	52,6	35,3	63,9	67,4	53,6	69,3
31	davon: aufgrund mündlicher Verhandlung	Zeile 2	1,1	1,0	0,8	0,5	1,8	0,5
32	ohne mündliche Verhandlung	Zeile 2	98,9	99,0	99,2	99,5	98,2	98,8
33	Beschluss nach § 138 FGO	Zeile 1	21,0	28,5	16,8	14,3	24,2	13,8
34	Einstellung wegen Zurücknahme des Antrags (§ 72 FGO)	Zeile 1	23,3	35,8	17,7	16,6	20,8	15,1
35	Aussetzung oder Ruhen (FGO, ZPO) laut Lfd. Nr. 8	Zeile 1	0,3	–	–	–	–	–
36	Verweisung oder Abgabe an ein anderes Gericht	Zeile 1	0,6	0,2	0,5	0,7	–	1,0
37	Verbindung mit einem anderen Verfahren	Zeile 1	0,8	–	0,5	0,3	1,0	0,3
38	sonstige Erledigungsart	Zeile 1	1,5	0,2	0,6	0,7	0,5	0,7
39	Durch Beschluss über Aussetzung der Vollziehung oder einstweilige Anordnung wurden erledigt	Zeile 11	100	100	100	100	100	100
40	davon: durch Stattgabe	Zeile 11	12,4	8,8	10,7	11,6	7,2	15,0
41	teilweise Stattgabe	Zeile 11	12,7	9,3	13,7	14,3	11,7	11,4
42	Abweisung als unbegründet	Zeile 11	49,1	51,0	53,5	51,7	60,4	40,9
43	Abweisung als unzulässig	Zeile 11	25,8	30,9	22,1	22,5	20,7	32,7
Von den erledigten Verfahren betrafen ...								
44	ein Sachgebiet		76,1	81,6	78,1	75,9	84,5	74,8
45	zwei Sachgebiete		14,4	14,2	15,3	16,3	12,6	9,2
46	drei Sachgebiete		6,9	3,8	4,8	5,5	2,4	7,6
47	vier Sachgebiete		2,1	0,4	1,3	1,6	0,5	5,7
48	fünf Sachgebiete		0,5	–	0,5	0,7	–	2,3
49	sechs Sachgebiete		0,1	–	–	–	–	0,3
50	sieben Sachgebiete		–	–	–	–	–	–
51	acht Sachgebiete		–	–	–	–	–	–
52	neun Sachgebiete		–	–	–	–	–	–
53	zehn Sachgebiete		–	–	–	–	–	–
Die abschließende Entscheidung hat getroffen								
54	1. Der Senat	Zeile 1	46,7	30,5	56,9	56,8	57,0	63,3
55	2. Der Vorsitzende oder Berichterstatter (§ 79a FGO)	Zeile 1	47,5	62,9	33,4	30,1	43,0	32,0
56	3. Der Einzelrichter (§ 6 Abs. 1 FGO)	Zeile 1	5,8	6,5	9,7	13,0	–	4,7

3 Vor dem Finanzgericht 2013 erledigte Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz

3.1 Art der Erledigung, Inhalt der Entscheidung, Zahl der Sachgebiete, Zuständigkeit

Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklen- burg- Vor- pommern	Nieder- sachsen	Nordrhein-Westfalen				Rhein- land- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schles- wig- Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
					zu- sammen	Düssel- dorf	Köln	Münster							
Anzahl															
54	220	471	116	690	1 897	735	525	637	172	108	401	257	221	177	1
28	77	292	61	329	988	416	246	326	65	66	234	143	74	47	2
1	3	2	2	4	15	8	1	6	4	–	–	1	–	–	3
27	74	290	59	325	973	408	245	320	61	66	234	142	74	47	4
13	74	74	28	147	391	173	107	111	34	19	79	41	96	57	5
9	57	85	25	193	447	130	158	159	56	22	73	63	43	67	6
–	–	3	–	1	–	–	–	–	6	–	2	1	2	3	7
3	1	–	–	7	15	7	3	5	2	–	2	1	–	1	8
–	1	3	1	–	34	5	4	25	–	1	3	6	–	–	9
1	10	14	1	13	22	4	7	11	9	–	8	2	6	2	10
28	77	292	61	329	988	416	246	326	65	66	234	143	74	47	11
8	7	39	10	27	140	57	37	46	6	6	31	10	11	9	12
–	6	34	9	46	131	43	43	45	2	5	43	18	7	3	13
17	38	143	33	185	465	206	105	154	39	47	99	70	45	18	14
3	26	76	9	71	252	110	61	81	18	8	61	45	11	17	15
47	165	394	94	502	1 413	564	396	453	138	76	290	172	144	150	16
6	35	41	11	132	298	97	64	137	24	22	48	51	48	11	17
1	16	31	9	44	151	57	53	41	9	9	32	28	20	8	18
–	3	5	1	10	31	16	10	5	1	1	22	6	7	6	19
–	1	–	1	1	3	1	1	1	–	–	8	–	2	2	20
–	–	–	–	1	1	–	1	–	–	–	1	–	–	–	21
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	22
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	23
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	24
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	25
1,2	1,4	1,3	1,3	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,3	1,4	1,5	1,5	1,5	1,3	26
17	71	216	63	267	940	362	230	348	54	67	194	134	44	51	27
28	138	164	53	412	864	306	270	288	94	41	199	120	177	125	28
9	11	91	–	11	93	67	25	1	24	–	8	3	–	1	29
Prozent															
51,9	35,0	62,0	52,6	47,7	52,1	56,6	46,9	51,2	37,8	61,1	58,4	55,6	33,5	26,6	30
3,6	3,9	0,7	3,3	1,2	1,5	1,9	0,4	1,8	6,2	–	–	0,7	–	–	31
96,4	96,1	99,3	96,7	98,8	98,5	98,1	99,6	98,2	93,8	100,0	100,0	99,3	100,0	100,0	32
24,1	33,6	15,7	24,1	21,3	20,6	23,5	20,4	17,4	19,8	17,6	19,7	16,0	43,4	32,2	33
16,7	25,9	18,0	21,6	28,0	23,6	17,7	30,1	25,0	32,6	20,4	18,2	24,5	19,5	37,9	34
–	–	0,6	–	0,1	–	–	–	–	3,5	–	0,5	0,4	0,9	1,7	35
5,6	0,5	–	–	1,0	0,8	1,0	0,6	0,8	1,2	–	0,5	0,4	–	0,6	36
–	0,5	0,6	0,9	–	1,8	0,7	0,8	3,9	–	0,9	0,7	2,3	–	–	37
1,9	4,5	3,0	0,9	1,9	1,2	0,5	1,3	1,7	5,2	–	2,0	0,8	2,7	1,1	38
100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	39
28,6	9,1	13,4	16,4	8,2	14,2	13,7	15,0	14,1	9,2	9,1	13,2	7,0	14,9	19,1	40
–	7,8	11,6	14,8	14,0	13,3	10,3	17,5	13,8	3,1	7,6	18,4	12,6	9,5	6,4	41
60,7	49,4	49,0	54,1	56,2	47,1	49,5	42,7	47,2	60,0	71,2	42,3	49,0	60,8	38,3	42
10,7	33,8	26,0	14,8	21,6	25,5	26,4	24,8	24,8	27,7	12,1	26,1	31,5	14,9	36,2	43
87,0	75,0	83,7	81,0	72,8	74,5	76,7	75,4	71,1	80,2	70,4	72,3	66,9	65,2	84,7	44
11,1	15,9	8,7	9,5	19,1	15,7	13,2	12,2	21,5	14,0	20,4	12,0	19,8	21,7	6,2	45
1,9	7,3	6,6	7,8	6,4	8,0	7,8	10,1	6,4	5,2	8,3	8,0	10,9	9,0	4,5	46
–	1,4	1,1	0,9	1,4	1,6	2,2	1,9	0,8	0,6	0,9	5,5	2,3	3,2	3,4	47
–	0,5	–	0,9	0,1	0,2	0,1	0,2	0,2	–	–	2,0	–	0,9	1,1	48
–	–	–	–	0,1	0,1	–	0,2	–	–	–	0,2	–	–	–	49
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	50
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	51
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	52
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	53
31,5	32,3	45,9	54,3	38,7	49,6	49,3	43,8	54,6	31,4	62,0	48,4	52,1	19,9	28,8	54
51,9	62,7	34,8	45,7	59,7	45,5	41,6	51,4	45,2	54,7	38,0	49,6	46,7	80,1	70,6	55
16,7	5,0	19,3	–	1,6	4,9	9,1	4,8	0,2	14,0	–	2,0	1,2	–	0,6	56

3 Vor dem Finanzgericht 2013 erledigte Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz

3.2 Verfahrensdauer

Lfd. Nr.	Verfahrensdauer	Deutschland	Baden- Württemberg	Bayern			Berlin	Branden- burg
				zusammen	München	Nürnberg		
Anzahl								
1	Erledigte Verfahren insgesamt	7 047	550	821	614	207	596	296
2	Durchschnittsdauer in Monaten	3,8	4,5	3,5	3,3	4,2	5,9	5,7
Prozent								
3	Verfahrensdauer mehr als ... bis ... Monate	100	100	100	100	100	100	100
4	bis 3	60,0	47,8	54,8	56,7	49,3	54,9	43,9
5	3 - 6	24,2	29,8	31,5	31,8	30,9	17,1	24,3
6	6 - 9	7,7	10,4	10,5	9,3	14,0	8,6	16,2
7	9 - 12	3,6	7,3	2,1	1,5	3,9	7,0	5,4
8	12 - 15	1,9	2,7	0,4	0,5	–	4,4	2,7
9	15 - 18	0,8	0,9	0,2	0,2	0,5	1,2	1,7
10	18 - 24	0,8	0,7	0,1	–	0,5	2,9	2,7
11	mehr als 24 Monate	1,0	0,4	0,4	0,2	1,0	4,0	3,0
Prozent, kumuliert								
Verfahrensdauer bis einschl. ... Monate								
12	3	60,0	47,8	54,8	56,7	49,3	54,9	43,9
13	6	84,1	77,6	86,4	88,4	80,2	72,0	68,2
14	9	91,8	88,0	96,8	97,7	94,2	80,5	84,5
15	12	95,4	95,3	98,9	99,2	98,1	87,6	89,9
16	15	97,3	98,0	99,3	99,7	98,1	91,9	92,6
17	18	98,2	98,9	99,5	99,8	98,6	93,1	94,3
18	24	99,0	99,6	99,6	99,8	99,0	96,0	97,0
Anzahl								
19	Durch Beschluss über Aussetzung oder einstweilige Anordnung erledigte Verfahren, die nicht als unzulässig abgewiesen wurden, zusammen	2 750	134	409	321	88	278	122
20	Durchschnittsdauer in Monaten	4,7	5,8	3,8	3,7	4,4	7,1	6,9
Prozent								
21	Verfahrensdauer mehr als ... bis ... Monate	100	100	100	100	100	100	100
22	bis 3	48,6	23,9	45,7	47,7	38,6	42,1	35,2
23	3 - 6	28,9	40,3	36,4	36,8	35,2	20,1	29,5
24	6 - 9	10,4	18,7	14,7	13,4	19,3	10,8	9,0
25	9 - 12	5,3	11,9	2,2	1,2	5,7	9,4	9,0
26	12 - 15	2,8	3,0	0,5	0,6	–	6,5	4,1
27	15 - 18	1,3	0,7	0,5	0,3	1,1	1,8	4,1
28	18 - 24	1,3	0,7	–	–	–	5,0	4,1
29	mehr als 24 Monate	1,3	0,7	–	–	–	4,3	4,9
Prozent, kumuliert								
Verfahrensdauer bis einschl. ... Monate								
30	3	48,6	23,9	45,7	47,7	38,6	42,1	35,2
31	6	77,5	64,2	82,2	84,4	73,9	62,2	64,8
32	9	87,9	82,8	96,8	97,8	93,2	73,0	73,8
33	12	93,2	94,8	99,0	99,1	98,9	82,4	82,8
34	15	96,0	97,8	99,5	99,7	98,9	88,8	86,9
35	18	97,3	98,5	100,0	100,0	100,0	90,6	91,0
36	24	98,7	99,3				95,7	95,1
Durchschnittsdauer in Monaten								
Durch Beschluss über Aussetzung oder einstweilige Anordnung erledigte Verfahren, die nicht als unzulässig abgewiesen wurden, mit... Sachgebiet(en)								
37	einem	4,4	5,6	3,7	3,6	4,2	7,3	6,3
38	zwei	5,2	6,1	4,4	4,1	5,5	4,5	8,5
39	drei	5,1	7,3	3,9	3,8	4,2	6,6	9,9
40	vier	4,9	7,6	4,7	4,7	4,8	8,9	4,4
41	fünf	1,7	–	–	–	–	5,9	1,6
42	sechs	–	–	–	–	–	–	–
43	sieben	–	–	–	–	–	–	–
44	acht	–	–	–	–	–	–	–
45	neun	–	–	–	–	–	–	–
46	zehn	–	–	–	–	–	–	–

3 Vor dem Finanzgericht 2013 erledigte Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz

3.2 Verfahrensdauer

Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklen- burg- Vor- pommern	Nieder- sachsen	Nordrhein-Westfalen				Rhein- land- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schles- wig- Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
					zu- sammen	Düssel- dorf	Köln	Münster							
Anzahl															
54 4,8	220 2,6	471 4,3	116 3,3	690 3,4	1 897 2,4	735 2,3	525 2,6	637 2,3	172 4,3	108 3,1	401 5,0	257 4,5	221 4,2	177 5,8	1 2
Prozent															
100 63,0 24,1 3,7 – – – 3,7 5,6	100 70,0 25,5 1,8 1,4 – 0,5 – 0,9	100 56,5 18,5 11,3 7,2 2,8 1,9 1,1 0,8	100 56,9 34,5 5,2 0,9 1,7 0,9 – –	100 64,6 22,3 6,7 2,6 2,3 0,6 0,7 0,1	100 74,6 21,1 3,0 0,6 0,3 0,3 0,1 0,1	100 75,6 21,4 2,3 0,3 0,4 – – –	100 70,1 22,7 5,9 0,8 0,2 0,4 – –	100 77,1 19,6 1,3 0,8 0,2 0,5 0,3 0,3	100 48,8 28,5 11,0 6,4 3,5 1,2 0,6 –	100 63,0 26,9 7,4 2,8 – – – –	100 50,1 22,4 10,2 7,5 5,2 1,5 1,2 1,7	100 47,5 27,6 14,0 4,3 1,9 2,7 1,6 0,4	100 52,0 28,5 9,0 3,6 3,6 0,9 1,4 0,9	100 48,0 29,9 5,6 4,5 4,0 1,7 0,6 5,6	3 4 5 6 7 8 9 10 11
Prozent, kumuliert															
63,0 87,0 90,7 90,7 90,7 90,7 94,4	70,0 95,5 97,3 98,6 98,6 99,1 99,1	56,5 74,9 86,2 93,4 96,2 98,1 99,2	56,9 91,4 96,6 97,4 99,1 100,0 –	64,6 87,0 93,6 96,2 98,6 99,1 99,9	74,6 95,7 98,7 99,3 99,5 99,8 99,9	75,6 97,0 99,3 99,6 100,0 – –	70,1 92,8 98,7 99,4 99,6 100,0 –	77,1 96,7 98,0 98,7 98,9 99,4 99,7	48,8 77,3 88,4 94,8 98,3 99,4 100,0	63,0 89,8 97,2 100,0 – – –	50,1 72,6 82,8 90,3 95,5 97,0 98,3	47,5 75,1 89,1 93,4 95,3 98,1 99,6	52,0 80,5 89,6 93,2 96,8 97,7 99,1	48,0 78,0 83,6 88,1 92,1 93,8 94,4	12 13 14 15 16 17 18
Anzahl															
25 5,9	51 2,7	216 5,7	52 4,5	258 4,3	736 2,8	306 2,5	185 3,1	245 3,1	47 5,7	58 3,6	173 6,0	98 5,4	63 6,1	30 11,1	19 20
Prozent															
100 56,0 28,0 4,0 – – – 4,0 8,0	100 78,4 17,6 2,0 – – – – 2,0	100 40,7 21,3 14,4 13,4 5,6 1,9 1,9 0,9	100 36,5 46,2 9,6 1,9 3,8 1,9 – –	100 52,3 27,1 8,9 5,4 3,9 0,8 1,2 0,4	100 65,5 28,3 3,8 1,1 0,4 0,5 0,3 0,1	100 70,6 25,2 2,9 0,3 1,0 – – –	100 57,8 31,4 8,6 1,6 1,6 – – –	100 64,9 29,8 1,2 1,6 – – 0,8 0,4	100 34,0 29,8 12,8 12,8 6,4 4,3 – –	100 51,7 36,2 10,3 1,7 – – – –	100 41,6 20,8 13,3 11,6 6,9 2,9 1,2 1,7	100 29,6 35,7 23,5 3,1 2,0 4,1 2,0 –	100 36,5 30,2 17,5 3,2 3,2 3,2 3,2	100 30,0 36,7 6,7 – 6,7 – – 20,0	21 22 23 24 25 26 27 28 29
Prozent, kumuliert															
56,0 84,0 88,0 88,0 88,0 88,0 92,0	78,4 96,1 98,0 98,0 98,0 98,0 98,0	40,7 62,0 76,4 89,8 95,4 97,2 99,1	36,5 82,7 92,3 94,2 98,1 100,0 –	52,3 79,5 88,4 93,8 97,7 98,4 99,6	65,5 93,8 97,6 98,6 99,0 99,6 99,9	70,6 95,8 98,7 99,0 100,0 – –	57,8 89,2 97,8 99,5 99,5 100,0 –	64,9 94,7 95,9 97,6 97,6 98,8 99,6	34,0 63,8 76,6 89,4 95,7 100,0 –	51,7 87,9 98,3 100,0 – – –	41,6 62,4 75,7 87,3 94,2 97,1 98,3	29,6 65,3 88,8 91,8 93,9 98,0 100,0	36,5 66,7 84,1 87,3 90,5 93,7 96,8	30,0 66,7 73,3 73,3 80,0 80,0 80,0	30 31 32 33 34 35 36
Durchschnittsdauer in Monaten															
6,5 1,8 3,9 – – – – – – –	2,6 2,6 2,6 2,5 8,3 – – – – –	5,4 6,7 6,4 – – – – – – –	4,5 4,4 4,7 – – – – – – –	3,9 5,4 4,9 6,3 – – – – – –	2,6 3,5 3,5 4,4 2,0 – – – – –	2,3 3,5 2,6 4,5 – – – – – –	3,0 2,9 4,0 4,1 1,1 – – – – –	2,6 3,7 4,3 4,2 2,9 – – – – –	4,3 9,1 5,8 – – – – – – –	3,6 2,7 4,6 – – – – – – –	5,4 8,6 6,7 6,4 5,5 – – – – –	5,0 5,8 6,3 10,2 – – – – – –	5,7 6,6 7,8 6,9 – – – – – –	10,8 16,7 1,9 – – – – – – –	37 38 39 40 41 42 43 44 45 46

3 Vor dem Finanzgericht 2013 erledigte Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz

3.3 Sachgebiet

Lfd. Nr.	Systematik - Nummer Sachgebiet 1)	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern			Berlin	Brandenburg
				zusammen	München	Nürnberg		
Anzahl								
1	Erledigte Verfahren insgesamt	7 047	550	821	614	207	596	296
2	Zahl der Sachgebiete in diesen Verfahren	9 641	676	1 074	828	246	909	389
Von den erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) entfielen auf die Sachgebiete ... % 2)								
3	100 Gewinneinkünfte	20,5	18,7	23,4	24,8	19,3	21,5	18,6
4	200 Überschusseinkünfte	11,3	9,3	15,7	16,8	12,6	7,0	11,5
5	300 Sonstige Steuern von Einkommen einschl. einschließlich nichteinkunftsart-spezifische Streitpunkte	5,8	4,5	7,7	9,0	3,9	3,4	1,4
6	310 Lohnsteuer und Einkommensteuer-Vorauszahlung	0,7	0,5	1,3	1,3	1,4	0,5	–
7	320 Kapitalertragsteuer	0,3	–	0,6	0,8	–	0,2	–
8	330 Kirchensteuer	0,3	–	0,1	0,2	–	–	–
9	340 nichteinkunftsartspezifische Streitpunkte	2,2	0,7	1,6	1,3	2,4	–	–
10	350 Solidaritätszuschlag	1,2	1,3	2,8	3,7	–	–	–
11	400 Steuern von Einkommen, die (noch) nicht eindeutig den ... Sachgebieten 100 bis 300 zugeordnet werden konnten	0,4	1,1	0,4	0,5	–	0,5	0,7
12	500 Körperschaftsteuer, soweit nicht Sachgebiet 1020	4,7	5,3	4,6	4,1	6,3	5,4	7,4
13	600 Objektbezogene Steuern	14,5	11,8	12,8	11,4	16,9	30,5	14,2
14	610 Gewerbesteuerermessbetrag	12,8	11,3	4,6	11,4	16,9	14,9	11,8
15	620 Grundsteuerermessbetrag	0,1	–	–	–	–	–	0,3
16	700 Verkehrssteuern	27,1	17,5	24,5	25,6	21,3	33,6	23,3
17	710 Steuern vom Umsatz	24,2	15,1	20,2	21,0	17,9	30,0	22,3
18	711 Umsatzsteuer	24,0	15,1	20,2	21,0	17,9	29,9	22,3
19	720 Rechtsverkehrssteuern	2,6	1,8	4,3	4,6	3,4	3,5	1,0
20	721 Erbschaft- und Schenkungsteuer	1,5	1,6	2,3	2,8	1,0	0,7	0,7
21	722 Grunderwerbsteuer	1,1	0,2	1,9	1,8	2,4	2,9	0,3
22	730 Kraftfahrzeugsteuer	0,3	0,5	–	–	–	–	–
23	800 Verbrauchsteuern sowie Angelegenheiten, die der Gesetzgebung des Bundes unterliegen und durch Bundes- oder Landesbehörden verwaltet werden	2,5	1,5	2,2	2,9	–	1,2	14,9
24	810 Verbrauchsteuer	0,8	0,2	0,7	1,0	–	0,7	2,0
25	811 Mineralölsteuer	0,2	0,2	0,2	0,3	–	–	–
26	812 Tabaksteuer	0,4	–	0,5	0,7	–	–	2,0
27	813 Stromsteuer	0,1	–	–	–	–	0,5	–
28	820 Angelegenheiten i.S.d. § 33 FGO, die der Gesetzgebung des Bundes unterliegen und durch Bundes- oder Landesbehörden verwaltet werden	1,6	0,7	1,5	2,0	–	0,3	12,8
29	821 Zölle (einschließlich Zolltarif)	0,8	0,4	0,7	1,0	–	0,3	1,0
30	822 Ausgleichssteuer, Einfuhrumsatzsteuer und Vergütung nach dem Absicherungsgesetz	0,3	0,4	0,7	1,0	–	–	–
31	823 Marktordnungssachen	0,0	–	–	–	–	–	–
32	900 Prämien, Zulagen und sonstige Förderungsleistungen (einschließlich Familienleistungsausgleich)	10,5	20,9	7,8	6,8	10,6	12,1	1,4
33	910 Familienleistungsausgleich	9,9	19,5	7,7	6,7	10,6	11,4	0,3
34	920 Eigenheimzulage	0,2	0,7	0,1	0,2	–	0,7	0,3
35	1000 Feststellung von Besteuerungsgrundlagen, Bewertung und Zerlegung	11,3	11,3	12,5	12,9	11,6	14,6	9,8
36	1010 Gesonderte Feststellung von Einkünften	4,3	2,2	5,8	6,5	3,9	7,9	5,4
37	1020 Besondere Feststellung nach dem KStG	0,8	3,5	0,9	1,0	0,5	1,3	–
38	1030 Bewertung des Grundvermögens	0,9	0,5	0,4	0,5	–	1,0	1,0
39	1100 Steuern vom Vermögen, Haftung für Steuern sowie AO/FGO-Sachen, sonstige Verfahren	27,6	21,1	19,2	20,2	16,4	22,8	28,0
40	1110 Vermögensteuer	0,0	–	–	–	–	–	–
41	1120 Haftung für Steuern	5,4	3,6	3,3	3,3	3,4	4,5	6,8
42	1121 Haftung für Lohnsteuer	1,3	0,5	1,0	1,0	1,0	–	–
43	1122 Haftung für Umsatzsteuer	1,5	1,3	1,5	1,3	1,9	–	–
44	1123 Haftung für Körperschaftsteuer	0,3	0,4	0,1	0,2	–	–	–
45	1130 AO/FGO-Sachen	20,6	16,9	16,0	16,9	13,0	18,3	21,3
46	1131 Verfahren in Vollstreckungssachen	8,3	5,8	6,5	8,0	1,9	7,4	6,4
47	1132 Steuerberatungssachen (§ 33 Abs. 1 Nr. 3 FGO)	0,1	–	–	–	–	–	–
48	1133 Verfahren wegen Erlass, Stundung, Verspätungszuschlag, Abrechnung	4,0	4,4	4,3	4,7	2,9	8,2	10,8
49	1200 Vollschätzfälle	0,8	–	–	–	–	–	0,3

1) Die aufgeführten Einzelsachgebiete addieren sich nicht notwendigerweise zu Untergruppen und Hauptgruppen (siehe Sachgebietskatalog im Anhang).

2) Da Verfahren mehrere Sachgebiete betreffen können, summieren sich die dargestellten Anteilswerte auf mehr als 100%.

3 Vor dem Finanzgericht 2013 erledigte Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz

3.3 Sachgebiet

Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklen- burg- Vor- pommern	Nieder- sachsen	Nordrhein-Westfalen				Rhein- land- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schles- wig- Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
					zu- sammen	Düssel- dorf	Köln	Münster							
Anzahl															
54	220	471	116	690	1 897	735	525	637	172	108	401	257	221	177	1
62	300	589	152	949	2 607	998	734	875	217	151	616	382	338	230	2
Von den erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) entfielen auf die Sachgebiete ... % 2)															
3,7	16,8	21,0	19,8	19,6	19,6	16,6	21,5	21,5	18,6	20,4	21,4	22,6	20,8	30,5	3
14,8	3,6	8,1	27,6	11,4	11,6	11,3	14,1	9,9	8,1	13,0	14,2	12,1	11,8	6,2	4
3,7	2,7	8,7	–	7,2	6,0	4,9	8,2	5,5	4,7	10,2	8,7	3,9	8,1	2,8	5
–	1,4	1,3	–	0,4	0,7	1,1	1,1	–	–	2,8	0,5	0,4	–	1,7	6
–	–	1,7	–	0,4	0,3	0,4	0,4	–	–	–	0,2	–	–	0,6	7
1,9	–	0,2	–	0,1	0,1	–	0,4	–	0,6	1,9	1,5	0,8	1,8	0,6	8
–	0,9	0,4	–	5,8	4,1	2,7	5,7	4,2	3,5	–	–	1,6	1,8	–	9
1,9	0,5	0,6	–	0,1	0,3	0,4	0,6	–	–	5,6	6,0	1,2	3,6	–	10
–	0,5	0,8	–	0,4	0,2	–	0,8	–	–	–	–	0,8	–	–	11
–	5,5	4,2	2,6	4,5	4,0	5,0	3,8	2,8	2,3	7,4	4,7	5,4	7,2	2,8	12
5,6	19,5	11,7	12,1	12,9	11,5	12,9	12,0	9,6	9,9	17,6	14,7	16,7	16,7	15,3	13
5,6	15,9	11,7	12,1	12,8	11,5	12,9	11,8	9,6	9,3	16,7	14,7	16,7	16,7	15,3	14
–	0,5	–	–	0,1	0,1	–	0,2	–	0,6	0,9	–	–	–	–	15
11,1	21,8	26,1	31,0	27,7	28,3	27,6	29,1	28,3	29,7	34,3	33,2	32,7	28,1	19,8	16
9,3	19,5	22,9	25,9	23,9	25,6	26,0	25,9	25,0	27,9	28,7	31,4	31,1	26,2	16,9	17
9,3	19,5	22,7	25,9	23,9	25,5	26,0	25,5	25,0	26,7	28,7	31,4	29,6	26,2	16,9	18
1,9	1,4	2,8	3,4	3,5	2,5	1,5	2,9	3,3	1,7	2,8	1,5	1,2	0,9	2,8	19
1,9	0,9	1,9	0,9	2,5	1,6	1,0	1,3	2,5	1,7	0,9	0,2	0,8	0,9	0,6	20
–	0,5	0,8	2,6	1,0	0,8	0,5	1,3	0,6	–	1,9	1,2	0,4	–	2,3	21
–	0,5	0,2	1,7	0,3	0,2	0,1	0,4	–	–	2,8	0,2	0,4	0,9	–	22
24,1	6,4	1,5	3,4	–	1,9	4,9	–	–	–	0,9	3,2	0,4	–	4,0	23
9,3	1,4	0,4	3,4	–	0,8	2,0	–	–	–	0,9	1,0	0,4	–	0,6	24
–	–	0,4	–	–	0,4	1,1	–	–	–	–	–	–	–	–	25
9,3	1,4	–	2,6	–	0,1	0,1	–	–	–	–	1,0	–	–	–	26
–	–	–	0,9	–	0,1	0,3	–	–	–	–	–	–	–	0,6	27
14,8	4,1	1,1	–	–	1,1	2,9	–	–	–	–	2,2	–	–	3,4	28
14,8	3,2	1,1	–	–	0,7	1,8	–	–	–	–	1,0	–	–	2,8	29
–	0,9	–	–	–	0,4	1,1	–	–	–	–	1,2	–	–	–	30
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0,6	31
13,0	12,7	11,0	9,5	7,0	8,9	8,2	6,3	11,8	15,7	10,2	9,7	16,3	6,8	21,5	32
13,0	12,7	11,0	8,6	6,8	8,6	8,2	6,1	11,3	15,7	10,2	7,7	13,6	6,3	19,2	33
–	–	–	–	0,1	0,2	–	0,2	0,3	–	–	–	–	0,5	1,1	34
–	9,5	5,1	13,8	12,9	10,5	12,2	9,9	8,9	7,0	3,7	14,5	12,1	11,3	18,6	35
–	6,8	4,7	4,3	2,6	2,3	2,0	5,1	0,2	5,2	1,9	4,7	6,2	5,9	11,3	36
–	0,5	–	0,9	0,3	0,6	1,4	0,2	–	1,2	–	–	–	1,4	1,1	37
–	0,9	–	1,7	0,9	1,7	1,5	1,7	1,9	0,6	–	0,5	0,8	–	0,6	38
38,9	37,3	26,5	10,3	30,9	33,7	29,8	33,3	38,6	30,2	21,3	28,4	25,3	42,1	8,5	39
–	–	0,2	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	40
3,7	6,8	6,8	1,7	3,0	6,4	4,9	8,6	6,4	3,5	11,1	8,2	5,1	10,9	2,8	41
3,7	0,5	2,1	–	1,0	1,7	1,0	1,9	2,4	1,7	3,7	2,7	0,4	2,3	1,1	42
–	0,5	1,9	–	0,9	1,9	0,4	4,4	1,6	1,2	4,6	2,2	1,6	5,4	–	43
–	–	0,2	–	–	0,4	–	1,5	–	0,6	0,9	–	0,8	3,2	–	44
35,2	29,5	19,3	3,4	19,6	25,4	24,6	24,8	26,7	25,0	10,2	20,2	19,1	30,8	5,6	45
20,4	13,6	1,5	0,9	9,7	11,6	12,5	11,0	11,0	15,1	4,6	6,2	6,2	10,9	4,0	46
–	–	–	–	0,4	0,1	–	–	0,2	–	–	–	–	–	–	47
1,9	2,3	1,9	–	4,1	2,5	2,0	3,2	2,5	0,6	1,9	6,2	2,7	5,9	–	48
–	–	0,2	0,9	3,0	1,3	2,3	0,8	0,5	–	0,9	0,7	0,4	–	–	49

4 Geschäftsentwicklung beim Bundesfinanzhof

4.1 Geschäftsentwicklung von 2002 bis 2013

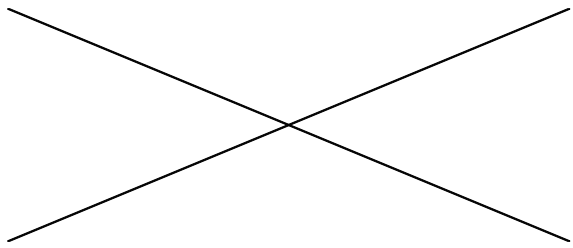
Stand der Erledigung Art der Verfahren	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	3 071	3 158	3 231	3 029	2 779	2 697	2 484	2 384	2 450	2 187	2 183	2 237
Neuzugänge	3 512	3 669	3 461	3 402	3 386	3 301	3 394	3 430	3 175	3 000	3 016	3 069
Erledigte Verfahren	3 425	3 596	3 663	3 652	3 468	3 514	3 494	3 364	3 438	3 004	2 962	3 046
Revisionen	827	920	980	803	822	816	783	775	812	748	633	649
Beschwerden	2 355	2 393	2 398	2 504	2 242	2 225	2 274	2 133	2 134	1 879	1 936	1 945
Klagen	8	34	28	9	-	2	36	14	7	8	2	11
Sonstige Verfahren (ohne Großer Senat)	234	245	257	335	402	470	401	441	485	369	390	440
Verfahren vor dem Großen Senat	1	4	-	1	2	1	-	1	-	-	1	1
Anhängige Verfahren am Jahresende	3 158	3 231	3 029	2 779	2 697	2 484	2 384	2 450	2 187	2 183	2 237	2 259
Revisionen	1 444	1 364	1 235	1 237	1 219	1 147	1 100	1 068	1 051	991	986	1 071
Beschwerden	1 627	1 746	1 713	1 433	1 360	1 223	1 144	1 201	1 021	1 061	1 107	1 041
Klagen	2	35	8	-	1	1	5	9	6	-	12	13
Sonstige Verfahren (ohne Großer Senat)	80	85	70	106	115	112	134	172	108	130	130	131
Verfahren vor dem Großen Senat	5	1	3	3	2	1	1	-	1	1	2	3

4.2 Geschäftsentwicklung 2013 nach Alter und Art der Verfahren

Alter der Verfahren Stand der Erledigung	Verfahren insgesamt	Revisionen	Beschwerden	Klagen	Sonstige Verfahren (ohne Großer Senat)	Verfahren vor dem Großen Senat
Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	2 237	986	1 107	12	130	2
2004	-	-	-	-	-	-
2005	-	-	-	-	-	-
2006	-	-	-	-	-	-
2007	1	-	-	-	-	-
2008	15	-	-	-	-	-
2009	111	2	-	-	-	-
2010	345	12	1	-	-	-
2011	1 711	113	-	-	-	-
2012	406	316	84	-	6	-
Neuzugänge	3 069	735	1 879	12	441	2
Erledigte Verfahren	3 046	649	1 945	11	440	1
Anhängige Verfahren am Jahresende	2 259	1 071	1 041	13	131	3
davon beim BFH anhängig seit						
2005	-	-	-	-	-	-
2006	-	-	-	-	-	-
2007	-	-	-	-	-	-
2008	2	-	-	-	-	-
2009	13	-	-	-	-	-
2010	113	23	-	-	-	-
2011	406	108	9	-	2	-
2012	1 703	285	44	3	15	1
2013	1 769	655	988	10	114	2

5 Verfahren vor dem Bundesfinanzhof

5.1 Art der Entscheidung und Erfolg der 2013 erledigten Verfahren

Art und Inhalt der Entscheidung	Anzahl	Anteil an allen Verfahren (ohne Rücknahmen) in %		
		zusammen	Rechtsmittel eingelegt von	
			dem Steuerpflichtigen	der Finanzverwaltung
Erledigte Verfahren insgesamt	3 046	X	X	X
Obsiegende Entscheidungen des BFH zusammen	2 631	100	X	X
Rechtsmittel eingelegt vom Steuerpflichtigen	2 321	X	100	X
von der Finanzverwaltung	310	X	X	100
Rechtsmittel war erfolglos	2 065	78,5	84,6	32,9
Verworfen als unzulässig	800	30,4	34,0	3,2
Zurückgewiesen als unbegründet	1 265	48,1	50,5	29,7
Rechtsmittel war erfolgreich (Aufhebung der Vorentscheidung)	566	21,5	15,4	67,1
Zurückverwiesen an die Vorinstanz	198	7,5	6,0	19,0
Eigene Sachentscheidung getroffen	368	14,0	9,4	48,1
Anderweitige Erledigungen (v.a. Rücknahmen) zusammen	415			
Rechtsmittel eingelegt vom Steuerpflichtigen	340			
von der Finanzverwaltung	75			
dar:				
Rücknahmen nach Gerichtsbescheid oder Mitteilung nach § 126a FGO	10			
Vorlagebeschlüsse, Aussetzung des Verfahrens	55			
Löschung	31			

5.2 Statthaftigkeit der 2011 bis 2013 erledigten Revisionen

Statthaftigkeit / Streitwert	2011	2012	2013
Erledigte Revisionen insgesamt	748	633	649
Sie waren statthaft			
nach dem Wert	–	–	–
nach § 116 Abs. 1 FGO	–	–	–
nach § 116 Abs. 2 FGO	–	–	–
aus anderen Gründen (ohne Zulassung)	13	6	10
kraft Zulassung des Finanzgerichts wegen			
- grundsätzlicher Bedeutung (§ 115 Abs. 2 Nr. 1 FGO)	433	394	402
- Divergenz (§ 115 Abs. 2 Nr. 2 FGO)	85	89	72
- Verfahrensmangel (§ 115 Abs. 2 Nr. 3 FGO)	–	1	–
kraft Zulassung des Bundesfinanzhofs wegen			
- grundsätzlicher Bedeutung (§ 115 Abs. 2 Nr. 1 FGO)	179	121	131
- Divergenz (§ 115 Abs. 2 Nr. 2 FGO)	34	19	32
- Verfahrensmangel (§ 115 Abs. 2 Nr. 3 FGO)	4	3	2

Quelle für Tabellen 5.1 und 5.2: Bundesfinanzhof, München.

5 Verfahren vor dem Bundesfinanzhof

5.3 Verfahrensdauer der 2011 bis 2013 erledigten Verfahren

Art des Verfahrens, Verfahrensdauer 1)	Einheit	2011		2012		2013	
		Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	3 004	X	2 962	X	3 046	X
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten bei allen Verfahren	Monate	8		8		8	
Revisionen mit Sachentscheidung	Monate	17		19		20	
Revisionen ohne Sachentscheidung	Monate	9		12		11	
Nichtzulassungsbeschwerden	Monate	6		6		7	
den übrigen Verfahren	Monate	4		3		3	
Verfahrensdauer der Revisionen mit Sachentscheidung	Anzahl / Prozent	571	100	513	100	510	100
bis 12 Monate	Anzahl / Prozent	223	39,1	151	29,4	118	23,1
über 12 bis 24 Monate	Anzahl / Prozent	218	38,2	207	40,4	225	44,1
über 24 bis 36 Monate	Anzahl / Prozent	85	14,9	119	23,2	123	24,1
über 36 bis 48 Monate	Anzahl / Prozent	38	6,7	33	6,4	40	7,8
über 48 Monate	Anzahl / Prozent	7	1,2	3	0,6	4	0,8
Verfahrensdauer der Revisionen ohne Sachentscheidung	Anzahl / Prozent	177	100	120	100	139	100
bis 12 Monate	Anzahl / Prozent	129	72,9	73	60,8	89	64,0
über 12 bis 24 Monate	Anzahl / Prozent	32	18,1	29	24,2	28	20,1
über 24 bis 36 Monate	Anzahl / Prozent	14	7,9	14	11,7	13	9,4
über 36 bis 48 Monate	Anzahl / Prozent	1	0,6	4	3,3	7	5,0
über 48 Monate	Anzahl / Prozent	1	0,6	–	–	2	1,4
Verfahrensdauer bei den Nichtzulassungsbeschwerden	Anzahl / Prozent	1 692	100	1 725	100	1 775	100
bis 12 Monate	Anzahl / Prozent	1 491	88,1	1 518	88,0	1 487	83,8
über 12 bis 24 Monate	Anzahl / Prozent	196	11,6	206	11,9	283	15,9
über 24 bis 36 Monate	Anzahl / Prozent	5	0,3	1	0,1	4	0,2
über 36 bis 48 Monate	Anzahl / Prozent	–	–	–	–	1	0,1
über 48 Monate	Anzahl / Prozent	–	–	–	–	–	–
Verfahrensdauer bei den übrigen Verfahren	Anzahl / Prozent	564	100	604	100	622	100
bis 12 Monate	Anzahl / Prozent	527	93,4	583	96,5	597	96,0
über 12 bis 24 Monate	Anzahl / Prozent	24	4,3	18	3,0	24	3,9
über 24 bis 36 Monate	Anzahl / Prozent	13	2,3	3	0,5	1	0,2
über 36 bis 48 Monate	Anzahl / Prozent	–	–	–	–	–	–
über 48 Monate	Anzahl / Prozent	–	–	–	–	–	–

1) Ab Eingang beim BFH.

5.4 Herkunft der Ende 2013 anhängigen Revisionen und Nichtzulassungsbeschwerden und in der Vorinstanz im Jahresdurchschnitt erledigte Klagen 1)

Land Finanzgericht	Revisionen und Nichtzulassungs- beschwerden insgesamt	Revisionen	Durchschnitt- liche Verfahrens- dauer in Monaten 2)	Nicht- zulassungs- beschwerden	Durchschnitt- liche Verfahrens- dauer in Monaten 2)	In der Vorinstanz im Jahresdurchschnitt 2011 bis 2013 erledigte Klagen	
						Anzahl	Relativzahl
							Spalte 1 in % von Spalte 6
1	2	3	4	5	6	7	8
Deutschland	2 010	1 071	.	939	.	41 872	4,8
Baden-Württemberg	155	84	.	71	.	4 125	3,8
Bayern	238	122	.	116	.	4 776	5,0
München	175	85	.	90	.	3 136	5,6
Nürnberg	63	37	.	26	.	1 640	3,8
Berlin-Brandenburg	176	79	.	97	.	4 224	4,2
Bremen	12	2	.	10	.	315	3,8
Hamburg	103	65	.	38	.	1 215	8,5
Hessen	113	49	.	64	.	2 595	4,4
Mecklenburg-Vorpommern	21	6	.	15	.	447	4,7
Niedersachsen	247	130	.	117	.	5 455	4,5
Nordrhein-Westfalen	616	362	.	254	.	11 876	5,2
Düsseldorf	213	132	.	81	.	4 109	5,2
Köln	190	105	.	85	.	3 654	5,2
Münster	213	125	.	88	.	4 113	5,2
Rheinland-Pfalz	120	62	.	58	.	1 496	8,0
Saarland	24	19	.	5	.	431	5,6
Sachsen	72	30	.	42	.	1 637	4,4
Sachsen-Anhalt	44	20	.	24	.	1 394	3,2
Schleswig-Holstein	35	28	.	7	.	938	3,7
Thüringen	34	13	.	21	.	948	3,6

1) Ohne BFH als Vorinstanz (z.B. bei Gegenvorstellung).

2) Verfahrensdauerangaben des BFH lagen nicht vor.

Quelle für Tabellen 5.3 und 5.4: Bundesfinanzhof, München.

5 Verfahren vor dem Bundesfinanzhof

5.5 Sachgebiete der 2011 bis 2013 erledigten Revisionen und Nichtzulassungsbeschwerden

Sachgebiete (Art der Abgabe)	Im Berichtsjahr erledigte Verfahren		
	Revisionen und Nicht- zulassungsbeschwerden zusammen	darunter Revisionen	
		Anzahl	Prozent

2011			
Verfahren insgesamt	2 440	748	100
Veranlagte Einkommensteuer	701	212	28,3
Körperschaftsteuer	105	46	6,1
Lohnsteuer	–	–	–
Gewerbesteuer	78	25	3,3
Bewertung	11	7	0,9
Vermögensteuer	7	1	0,1
Erbschafts- und Schenkungsteuer	50	20	2,7
Grunderwerbsteuer	34	12	1,6
Gesellschaftsteuer	–	–	–
Kraftfahrzeugsteuer	32	10	1,3
Umsatzsteuer	345	123	16,4
Zölle usw.	37	18	2,4
Sonstige Abgaben	1 040	274	36,6

2012			
Verfahren insgesamt	2 358	633	100
Veranlagte Einkommensteuer	710	176	27,8
Körperschaftsteuer	113	34	5,4
Lohnsteuer	–	–	–
Gewerbesteuer	100	27	4,3
Bewertung	15	4	0,6
Vermögensteuer	5	–	–
Erbschafts- und Schenkungsteuer	45	14	2,2
Grunderwerbsteuer	40	8	1,3
Gesellschaftsteuer	–	–	–
Kraftfahrzeugsteuer	27	9	1,4
Umsatzsteuer	236	69	10,9
Zölle usw.	42	20	3,2
Sonstige Abgaben	1 025	272	43,0

2013			
Verfahren insgesamt	2 424	649	100
Veranlagte Einkommensteuer	758	183	28,2
Körperschaftsteuer	121	42	6,5
Lohnsteuer	–	–	–
Gewerbesteuer	69	16	2,5
Bewertung	11	2	0,3
Vermögensteuer	2	2	0,3
Erbschafts- und Schenkungsteuer	71	28	4,3
Grunderwerbsteuer	43	20	3,1
Gesellschaftsteuer	–	–	–
Kraftfahrzeugsteuer	15	3	0,5
Umsatzsteuer	249	77	11,9
Zölle usw.	41	9	1,4
Sonstige Abgaben	1 044	267	41,1

Quelle für Tabellen 5.5: Bundesfinanzhof, München.

Einkommensteuergesetz (EStG)

§ 55 Abs. 5. Sondervorschriften für die Gewinnermittlung ... bei vor dem 1. Juli 1970 angeschafftem Grund und Boden.

¹ Weist der Steuerpflichtige nach, dass der Teilwert für Grund und Boden im Sinne des Absatzes 1 am 1. Juli 1970 höher ist als das Zweifache des Ausgangsbetrags, so ist auf Antrag des Steuerpflichtigen der Teilwert als Anschaffungs- oder Herstellungskosten anzusetzen. ² Der Antrag ist bis zum 31. Dezember 1975 bei dem Finanzamt zu stellen, das für die Ermittlung des Gewinns aus dem Betrieb zuständig ist. ³ Der Teilwert ist gesondert festzustellen. ⁴ Vor dem 1. Januar 1974 braucht diese Feststellung nur zu erfolgen, wenn ein berechtigtes Interesse des Steuerpflichtigen gegeben ist. ⁵ Die Vorschriften der Abgabenordnung und der Finanzgerichtsordnung über die gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen gelten entsprechend.

Finanzgerichtsordnung (FGO)

§ 6 Abs. 1. Übertragung des Rechtsstreits auf Einzelrichter durch den Senat.

Der Senat kann den Rechtsstreit einem seiner Mitglieder als Einzelrichter zur Entscheidung übertragen, wenn

1. die Sache keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher oder rechtlicher Art aufweist und
2. die Rechtssache keine grundsätzliche Bedeutung hat.

§ 33. Finanzrechtsweg.

(1) Der Finanzrechtsweg ist gegeben

1. in öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten über Abgabenangelegenheiten, soweit die Abgaben der Gesetzgebung des Bundes unterliegen und durch Bundesfinanzbehörden oder Landesfinanzbehörden verwaltet werden,
2. in öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten über die Vollziehung von Verwaltungsakten in anderen als den in Nummer 1 bezeichneten Angelegenheiten, soweit die Verwaltungsakte durch Bundesfinanzbehörden oder Landesfinanzbehörden nach den Vorschriften der Abgabenordnung zu vollziehen sind,
3. in öffentlich-rechtlichen und berufsrechtlichen Streitigkeiten über Angelegenheiten, die durch den Ersten Teil, den Zweiten und den Sechsten Abschnitt des Zweiten Teils und den Ersten Abschnitt des Dritten Teils des Steuerberatungsgesetzes geregelt werden,
4. in anderen als den in den Nummern 1 bis 3 bezeichneten öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten, soweit für diese durch Bundesgesetz oder Landesgesetz der Finanzrechtsweg eröffnet ist.

(2) Abgabenangelegenheiten im Sinne dieses Gesetzes sind alle mit der Verwaltung der Abgaben einschließlich der Abgabenvergütungen oder sonst mit der Anwendung der abgabenrechtlichen Vorschriften durch die Finanzbehörden zusammenhängenden Angelegenheiten einschließlich der Maßnahmen der Bundesfinanzbehörden zur Beachtung der Verbote und Beschränkungen für den Warenverkehr über die Grenze; den Abgabenangelegenheiten stehen die Angelegenheiten der Verwaltung der Finanzmonopole gleich.

§ 46. Außergerichtlicher Rechtsbehelf.

(¹ Ist über einen außergerichtlichen Rechtsbehelf ohne Mitteilung eines zureichenden Grundes in angemessener Frist sachlich nicht entschieden worden, so ist die Klage abweichend von § 44 ohne vorherigen Abschluss des Vorverfahrens zulässig. ² Die Klage kann nicht vor Ablauf von sechs Monaten seit Einlegung des außergerichtlichen Rechtsbehelfs erhoben werden, es sei denn, dass wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. ³ Das Gericht kann das Verfahren bis zum Ablauf einer von ihm bestimmten Frist, die verlängert werden kann, aussetzen; wird dem außergerichtlichen Rechtsbehelf innerhalb dieser Frist stattgegeben oder der beantragte Verwaltungsakt innerhalb dieser Frist erlassen, so ist der Rechtsstreit in der Hauptsache als erledigt anzusehen.

(2) Absatz 1 Satz 2 und 3 gilt für die Fälle sinngemäß, in denen geltend gemacht wird, dass eine der in § 348 Nr. 3 und 4 der Abgabenordnung genannten Stellen über einen Antrag auf Vornahme eines Verwaltungsakts ohne Mitteilung eines zureichenden Grundes in angemessener Frist sachlich nicht entschieden hat.

§ 69. Aussetzung der Vollziehung.

...

(2) ¹ Die zuständige Finanzbehörde kann die Vollziehung ganz oder teilweise aussetzen. ² Auf Antrag soll die Aussetzung erfolgen, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit des angefochtenen Verwaltungsakts bestehen oder wenn die Vollziehung für den Betroffenen eine unbillige, nicht durch überwiegende öffentliche Interessen gebotene Härte zur Folge hätte. ³ Die Aussetzung kann von einer Sicherheitsleistung abhängig gemacht werden.

⁴ Soweit die Vollziehung eines Grundlagenbescheides ausgesetzt wird, ist auch die Vollziehung eines Folgebescheides auszusetzen. ⁵ Der Erlass eines Folgebescheides bleibt zulässig. ⁶ Über eine Sicherheitsleistung ist bei der Aussetzung eines Folgebescheides zu entscheiden, es sei denn, dass bei der Aussetzung der Vollziehung des Grundlagenbescheides die Sicherheitsleistung ausdrücklich ausgeschlossen worden ist. ⁷ Ist der Verwaltungsakt schon vollzogen, tritt an die Stelle der Aussetzung der Vollziehung die Aufhebung der Vollziehung. ⁸ Bei Steuerbescheiden sind die Aussetzung und die Aufhebung der Vollziehung auf die festgesetzte Steuer, vermindert um die anzurechnenden Steuerabzugsbeträge, um die anzurechnenden Körperschaftsteuer und um die festgesetzten Vorauszahlungen, beschränkt; dies gilt nicht, wenn die Aussetzung

oder Aufhebung der Vollziehung zur Abwendung wesentlicher Nachteile nötig erscheint.

(3) ¹ Auf Antrag kann das Gericht der Hauptsache die Vollziehung ganz oder teilweise aussetzen; Absatz 2 Satz 2 bis 6 und § 100 Abs. 2 Satz 2 gelten sinngemäß. ² Der Antrag kann schon vor Erhebung der Klage gestellt werden. ³ Ist der Verwaltungsakt im Zeitpunkt der Entscheidung schon vollzogen, kann das Gericht ganz oder teilweise die Aufhebung der Vollziehung, auch gegen Sicherheit, anordnen. ⁴ Abs. 2 Satz 8 gilt entsprechend In dringenden Fällen kann der Vorsitzende entscheiden.

§ 72. Zurücknahme der Klage.

(1) ¹ Der Kläger kann seine Klage bis zur Rechtskraft des Urteils zurücknehmen. ² Nach Schluss der mündlichen Verhandlung, bei Verzicht auf die mündliche Verhandlung und nach Ergehen eines Gerichtsbescheides ist die Rücknahme nur mit Einwilligung des Beklagten möglich. ³ Die Einwilligung gilt als erteilt, wenn der Klagerücknahme nicht innerhalb von zwei Wochen seit Zustellung des die Rücknahme enthaltenden Schriftsatzes widersprochen wird; das Gericht hat auf diese Folge hinzuweisen.

(1a) ¹ Soweit Besteuerungsgrundlagen für ein Verständigungs- oder ein Schiedsverfahren nach einem Vertrag im Sinne des § 2 der Abgabenordnung von Bedeutung sein können, kann die Klage hierauf begrenzt zurückgenommen werden. ² § 50 Abs. 1a Satz 2 gilt entsprechend.

(2) ¹ Die Rücknahme hat bei Klagen, deren Erhebung an eine Frist gebunden ist, den Verlust der Klage zur Folge. ² Wird die Klage zurückgenommen, so stellt das Gericht das Verfahren durch Beschluss ein. ³ Wird nachträglich die Unwirksamkeit der Klagerücknahme geltend gemacht, so gilt § 56 Abs. 3 sinngemäß.

§ 74. Aussetzung des Verfahrens bis zur Erledigung eines abhängigen Rechtsstreits.

Das Gericht kann, wenn die Entscheidung des Rechtsstreits ganz oder zum Teil von dem Bestehen oder Nichtbestehen eines Rechtsverhältnisses abhängt, das den Gegenstand eines anderen anhängigen Rechtsstreits bildet oder von einer Verwaltungsbehörde festzustellen ist, anordnen, dass die Verhandlung bis zur Erledigung des anderen Rechtsstreits oder bis zur Entscheidung der Verwaltungsbehörde auszusetzen sei.

§ 79a. Entscheidung im vorbereitenden Verfahren.

(1) Der Vorsitzende entscheidet, wenn die Entscheidung im vorbereitenden Verfahren ergeht,

1. über die Aussetzung und das Ruhen des Verfahrens;
2. bei Zurücknahme der Klage, auch über einen Antrag auf Prozesskostenhilfe;
3. bei Erledigung des Rechtsstreits in der Hauptsache, auch über einen Antrag auf Prozesskostenhilfe;
4. über den Streitwert;
5. über Kosten;
6. über die Beiladung.

(² Der Vorsitzende kann ohne mündliche Verhandlung durch Gerichtsbescheid (§ 90a) entscheiden. ² Dagegen ist nur der Antrag auf mündliche Verhandlung innerhalb

eines Monats nach Zustellung des Gerichtsbescheides gegeben.

(3) Im Einverständnis der Beteiligten kann der Vorsitzende auch sonst anstelle des Senats entscheiden.

(4) Ist ein Berichtersteller bestellt, so entscheidet dieser anstelle des Vorsitzenden.

§ 114. Einstweilige Anordnungen in Bezug auf den Streitgegenstand.

(1) ¹ Auf Antrag kann das Gericht, auch schon vor Klageerhebung, eine einstweilige Anordnung in Bezug auf den Streitgegenstand treffen, wenn die Gefahr besteht, dass durch eine Veränderung des bestehenden Zustands die Verwirklichung eines Rechts des Antragstellers vereitelt oder wesentlich erschwert werden könnte. ² Einstweilige Anordnungen sind auch zur Regelung eines vorläufigen Zustands in Bezug auf ein streitiges Rechtsverhältnis zulässig, wenn diese Regelung, vor allem bei dauernden Rechtsverhältnissen, um wesentliche Nachteile abzuwenden oder drohende Gewalt zu verhindern oder aus anderen Gründen nötig erscheint.

(2) ¹ Für den Erlass einstweiliger Anordnungen ist das Gericht der Hauptsache zuständig. ² Dies ist das Gericht des ersten Rechtszuges. ³ In dringenden Fällen kann der Vorsitzende entscheiden.

(3) Für den Erlass einstweiliger Anordnungen gelten die §§ 920, 921, 923, 926, 928 bis 932, 938, 939, 941 und 945 der Zivilprozessordnung sinngemäß.

(4) Das Gericht entscheidet durch Beschluss.

(5) Die Vorschriften der Absätze 1 bis 3 gelten nicht für die Fälle des § 69.

§ 115. Zulassung der Revision.

(1) Gegen das Urteil eines Finanzgerichts (§ 36 Nr. 1) steht den Beteiligten die Revision an den Bundesfinanzhof zu, wenn das Finanzgericht oder auf Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Bundesfinanzhof sie zugelassen hat.

(2) Die Revision ist nur zugelassen, wenn

1. die Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat,
2. die Fortbildung des Rechts oder die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung eine Entscheidung des Bundesfinanzhofs erfordert oder
(Wortlaut bis 2000:
das Urteil von einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs oder des Bundesverfassungsgerichts abweicht und auf dieser Abweichung beruht oder)
3. ein Verfahrensmangel geltend gemacht wird und vorliegt, auf dem die Entscheidung beruhen kann.

(3) Der Bundesfinanzhof ist an die Zulassung gebunden.

§ 116. Anfechtung der Nichtzulassung einer Revision durch Beschwerde.

(1) Die Nichtzulassung der Revision kann durch Beschwerde angefochten werden.

(2) ¹ Die Beschwerde ist innerhalb eines Monats nach Zustellung des vollständigen Urteils bei dem Bundesfinanzhof einzulegen. ² Sie muss das angefochtene Urteil bezeichnen. ³ Der Beschwerdeschrift soll eine Ausfertigung oder Abschrift des Urteils, gegen das Revision eingelegt werden soll, beigelegt werden.

§ 126a. Zurückweisung der Revision als unbegründet.

Der Bundesfinanzhof kann über die Revision in der Besetzung von fünf Richtern durch Beschluss entscheiden, wenn er einstimmig die Revision für unbegründet und eine mündliche Verhandlung nicht für erforderlich hält. Die Beteiligten sind vorher zu hören. Der Beschluss soll eine kurze Begründung enthalten; dabei sind die Voraussetzungen dieses Verfahrens festzustellen. § 126 Abs. 6 gilt entsprechend.

§ 138. Kostenentscheidung durch Beschluss.

(1) Ist der Rechtsstreit in der Hauptsache erledigt, so entscheidet das Gericht nach billigem Ermessen über die Kosten des Verfahrens durch Beschluss; der bisherige Sach- und Streitstand ist zu berücksichtigen.

(2) ¹ Soweit ein Rechtsstreit dadurch erledigt wird, dass dem Antrag des Steuerpflichtigen durch Rücknahme oder Änderung des angefochtenen Verwaltungsakts stattgegeben oder dass im Fall der Untätigkeitsklage gemäß § 46 Abs. 1 Satz 3 Halbsatz 2 innerhalb der gesetzten Frist dem außergerichtlichen Rechtsbehelf stattgegeben oder der beantragte Verwaltungsakt erlassen wird, sind die Kosten der Behörde aufzuerlegen. ² § 137 gilt sinngemäß.

§ 155. Anwendung von Gerichtsverfassungsgesetz und Zivilprozessordnung.

Soweit dieses Gesetz keine Bestimmungen über das Verfahren enthält, sind das Gerichtsverfassungsgesetz und, soweit die grundsätzlichen Unterschiede der beiden Verfahrensarten es nicht ausschließen, die Zivilprozessordnung sinngemäß anzuwenden.

Gesetz über die Besteuerung bei Auslandsbeziehungen (Außensteuergesetz - AStG)

§ 18. Gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen.

(1) ¹ Die Besteuerungsgrundlagen für die Anwendung der §§ 7 bis 14 und § 3 Nr. 41 des Einkommensteuergesetzes werden gesondert festgestellt. ² Sind an der ausländischen Gesellschaft mehrere unbeschränkte Steuerpflichtige

beteiligt, so wird die gesonderte Feststellung ihnen gegenüber einheitlich vorgenommen; dabei ist auch festzustellen, wie sich die Besteuerungsgrundlagen auf die einzelnen Beteiligten verteilen. ³ Die Vorschriften der Abgabenordnung, mit Ausnahme des § 180 Abs. 3, und der Finanzgerichtsordnung über die gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen sind entsprechend anzuwenden.

(2) ¹ Für die gesonderte Feststellung ist das Finanzamt zuständig, das bei dem unbeschränkt Steuerpflichtigen für die Ermittlung der aus der Beteiligung bezogenen Einkünfte örtlich zuständig ist. ² Ist die gesonderte Feststellung gegenüber mehreren Personen einheitlich vorzunehmen, so ist das Finanzamt zuständig, das nach Satz 1 für den Beteiligten zuständig ist, dem die höchste Beteiligung an der ausländischen Gesellschaft zuzurechnen ist.

³ Lässt sich das zuständige Finanzamt nach den Sätzen 1 und 2 nicht feststellen, so ist das Finanzamt zuständig, das zuerst mit der Sache befasst wird.

(3) ¹ Jeder der an der ausländischen Gesellschaft beteiligten unbeschränkt Steuerpflichtigen und erweitert beschränkt Steuerpflichtigen hat eine Erklärung zur gesonderten Feststellung abzugeben; dies gilt auch, wenn nach § 8 Abs. 2 geltend gemacht wird, dass eine Hinzurechnung unterbleibt. ² Diese Verpflichtung kann durch die Abgabe einer gemeinsamen Erklärung erfüllt werden. ³ Die Erklärung ist von dem Steuerpflichtigen oder von den in § 34 der Abgabenordnung bezeichneten Personen eigenhändig zu unterschreiben.

Zivilprozessordnung (ZPO)

§ 251. Ruhen des Verfahrens.

¹ Das Gericht hat das Ruhen des Verfahrens anzuordnen, wenn beide Parteien dies beantragen und anzunehmen ist, dass wegen Schwebens von Vergleichsverhandlungen oder aus sonstigen wichtigen Gründen diese Anordnung zweckmäßig ist. ² Die Anordnung hat auf den Lauf der im § 233 bezeichneten Fristen keinen Einfluss.

Katalog der Sachgebietsschlüssel

Die Ordnungsnummern der Sachgebiete sind gegliedert in Hauptgruppen, z.B. 0700, in Untergruppen, z.B. 0710, und in Einzelsachgebiete, z.B. 0711. Das Einzelsachgebiet hat Vorrang vor der Unter- und der Hauptgruppe, die Untergruppe hat Vorrang vor der Haupt

Ist in dem Sachgebietsverzeichnis ein Einzelsachgebiet nicht aufgeführt, so wird die in Betracht kommende Untergruppe erfasst; kann das Sachgebiet auch einer Untergruppe nicht zugeordnet werden, so ist die Hauptgruppe angegeben.

Falls mehr als 10 verschiedene Angelegenheiten den Gegenstand des Verfahrens bilden, sind nur die in der Nummernfolge zuerst in Betracht kommenden Nummern des Sachgebietskatalogs erfasst.

0100 Gewinneinkünfte

0200 Überschusseinkünfte

0300 Sonstige Steuern von Einkommen

einschließlich nichteinkunftsartspezifische Streitpunkte

0310 Lohnsteuer und Einkommensteuer-Vorauszahlung

0320 Kapitalertragsteuer

0330 Kirchensteuer

0340 nichteinkunftsartspezifische Streitpunkte

0350 Solidaritätszuschlag

0400 Steuern von Einkommen, die (noch) nicht eindeutig den Sachgebieten

0100 bis 0300 zugeordnet werden konnten, zum Beispiel wegen fehlender weiterer Angaben.

0500 Körperschaftsteuer, soweit nicht Sachgebiet 1020

0600 Objektbezogene Steuern

0610 Gewerbesteuermessbetrag

0620 Grundsteuermessbetrag

0700 Verkehrssteuern

0710 Steuern vom Umsatz

0711 Umsatzsteuer

0720 Rechtsverkehrsteuer

0721 Erbschaft-, Schenkungsteuer

0722 Grunderwerbsteuer

0730 Kraftfahrzeugsteuer

0800 Verbrauchsteuern sowie Angelegenheiten, die der Gesetzgebung des Bundes

unterliegen und durch Bundes- oder Landesbehörden verwaltet werden

0810 Verbrauchsteuern

0811 Mineralölsteuer

0812 Tabaksteuer

0813 Stromsteuer

0820 Angelegenheiten i.S.d. § 33 FGO, die der Gesetzgebung des Bundes unterliegen und

durch Bundes- oder Landesbehörden verwaltet werden

0821 Zölle (einschließlich Zolllarif)

0822 Ausgleichssteuer, Einfuhrumsatzsteuer

und Vergütung nach dem Absicherungsgesetz

0823 Marktordnungssachen

0900 Prämien, Zulagen und sonstige Förderungsleistungen (einschließlich Familienleistungsausgleich)

0910 Familienleistungsausgleich

0920 Eigenheimzulage

1000 Feststellung von Besteuerungsgrundlagen, Bewertung und Zerlegung

1010 Gesonderte Feststellung von Einkünften

1020 Besondere Feststellung nach dem KStG

1030 Bewertung des Grundvermögens

1100 Steuer vom Vermögen, Haftung für Steuern sowie AO/FGO-Sachen, sonstige Verfahren

1110 Vermögensteuer

1120 Haftung für Steuern

1121 Haftung für Lohnsteuer

1122 Haftung für Umsatzsteuer

1123 Haftung für Körperschaftssteuer

1130 AO/FGO-Sachen

1131 Verfahren in Vollstreckungssachen

1132 Steuerberatungssachen (§ 33 Abs. 1 Nr. 3 FGO)

1133 Verfahren wegen Erlass, Stundung, Verspätungszuschlag, Abrechnung

1200 Vollschätzfälle

"Ein Verfahren wegen Vollschätzung liegt vor, wenn

- a) die Finanzbehörde die Besteuerungsgrundlagen wegen Nichtabgabe der Steuererklärung geschätzt hat und
- b) nach Klageerhebung die Steuererklärung vorgelegt wird und
- c) die Finanzbehörde ohne weitere Rückfrage durch Änderungsbescheid abhilft und sich das Verfahren dadurch erledigt."